

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.)

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

(Telephon Nr. 926.)

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages, und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60 monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4068 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petizions- oder deren Raum 15 Pfg., für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 71.

Dienstag den 25. März 1902.

9. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Zum Rechtsschutz der Handlungsgehilfen.

Die größere Mehrzahl der kaufmännischen Gehilfen hält sich von der Klassenbewegung des deutschen Proletariats leider noch immer fern. Wenigstens von unseren gewerkschaftlichen Organisationen. Die Zahl der Handlungsgehilfen, die bei der Reichstagswahl für die Sozialdemokratie stimmen, ist natürlich sehr groß und auch unsere Gegner wissen dies. Doch mit der Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels ist es eben nicht getan; die Arbeiterschaft muß auch wirtschaftlich die Konsequenzen ziehen und durch klassenbewußte Organisation an der Besserung ihrer Lage arbeiten. Letzteres haben die kaufmännischen Gehilfen bisher in bedauerlicher Weise vernachlässigt. Während die Arbeiterschaft ihre Organisationen stärkte und auf die Unternehmer und die Reichsregierung einen wirksamen Druck ausübte, waren die Handlungsgehilfen in ihrer erdrückenden Mehrheit unorganisiert, ein anderer Theil stand in den von den Prinzipalen protegierten sogenannten „alten Verbänden“, die Wohlthätigkeits- und Vergnügungsorganisationen sind, wieder ein anderer Theil rannte hinter den antisemitischen Mittelstandskrettern her und größte Vergnügen bei dem bloßen Geschimpfe über die jüdische Konkurrenz, ein Bruchtheil war bei den übrigen bürgerlichen Parteien, während ein verhältnismäßig kleiner Theil sich um die Fahne des Klassenkampfes scharte.

Die Folge solcher Zersplitterung haben die Gehilfen im Handelsgewerbe schwer zu spüren bekommen. Die Sozialgesetzgebung hat lange fast nichts für sie getan. Dann zwangen die schlimmsten Mißstände zu gesetzgeberischen Schritten. Es kam die Regelung der Sonntagsruhe, die Bestimmungen des neuen Handelsgesetzbuches, der Neunhrladenschluß in den offenen Verkaufsstellen. Das war ein Anfang, der den Gehilfen im Handelsgewerbe zeigte, wie notwendig es sei, daß sie auf einen gründlichen reichsgesetzlichen Arbeiterschutz hinarbeiteten. Durch das ganze Arbeiterheer des Handelsgewerbes ging ein frischer sozialpolitischer Wind, der es auftriefte und zur Agitation für gewisse Forderungen zwang. Was der Handlungsgehilfe am drückendsten empfand, das war seine Rechtsunsicherheit, denn er stand nicht, gleich dem Arbeiter, unter den Gewerbegerichten. So begann denn die Forderung von Sondergerichten sich zu regen. Die Reichsregierung mußte schließlich den Wünschen nachkommen, und es sollen jetzt reichsgesetzlich kaufmännische Schiedsgerichte für Streitigkeiten aus dem kaufmännischen Arbeitsvertrag geschaffen werden. Die Vorlage ist bereits fertig, sie liegt zur Zeit beim Reichsjustizamt und, wie Graf Posadowski ankündigt, wird sie voraussichtlich nach Ostern an den Bundesrath und an den Reichstag gelangen. Die gewerbliche Rechtsprechung wird dann auch für die Handlungsgehilfen geregelt werden, und wir hoffen, daß dabei etwas Ersprießliches herauskommen wird.

In diesem Kampfe hat sich die Sozialdemokratie wieder einmal als der zuverlässigste Vorkämpfer einer großen Arbeiterschaft erwiesen. Wie in allen übrigen Fragen, so hat sie auch in dieser seit Jahren durch unablässiges Fordern den Reichstag allmählich gefügig und willig gemacht. Denn die bürgerlichen Parteien sind den Sondergerichten der Arbeiter an und für sich nicht grün. Noch in diesen Tagen hat in der „Deutschen Juristenzeitung“ der Justizrath Staub gegen die gewerblichen Sondergerichte geeifert. Sie seien „ein Schlag gegen die Anwaltschaft und dann gegen die Richter.“ Vielleicht würden sich die maßgebenden Kreise noch in letzter Stunde bewegen lassen, von der Einführung kaufmännischer Schiedsgerichte abzusehen. „Wenn das so weiter geht mit der Einführung von Sondergerichten, so kann bald die Zeit kommen, wo man nicht mehr wird sagen können: Es giebt noch Richter in Berlin.“ — Diese Ausführungen, bei denen deutlich das Standesinteresse durchblickt, charakterisieren die Stellung der bürgerlichen Parteien zur Mitwirkung der Arbeiter bei der gewerblichen Rechtsprechung ganz vortrefflich. Aus sich heraus bringen sie die gewerbliche Rechtsprechung überhaupt nicht vorwärts, es ist immer erst der sozialdemokratische Druck, welcher diese Parteien zu Maßnahmen zwingt.

So auch bei den Handlungsgehilfen. Was die bürgerlichen Parteien thun, geschieht, um sich die politische Gefolgschaft dieser großen Arbeiterschaft zu sichern. Und sie haben sie nötig, sowohl die Nationalliberalen, als die Antisemiten, wie die Freisinnigen. Die Versammlungen dieser Parteien werden gefüllt von den Handlungsgehilfen und sowohl der alldeutschen Liberalen wie der antisemitischen Lärm wird unter Mitwirkung der Handlungsgehilfen vollführt.

Einzig die Sozialdemokratie wird bei ihrem Eintreten für den Arbeiterschutz im Handelsgewerbe von lauterer Motiven geleitet. Sie tritt für denselben ein, weil jede Ausdehnung in dem einen oder anderen Berufe, den Arbeiterschutz überhaupt befestigt und uns weiter bringt auf der Bahn dem Ausbeuterthum gesetzlich die Ausbeutung-

freiheit nach Möglichkeit zu beschneiden. Deshalb sind wir auch für größeren Rechtsschutz der Handlungsgehilfen und wollen deren Schiedsgerichte an die bestehenden Gewerbegerichte wenigstens angliedern, nachdem die bürgerlichen Parteien bei der letzten Revision des Gewerbegerichtsgesetzes dessen Ausdehnung auf das Handelsgewerbe abgelehnt haben. Und weil wir den Arbeiterschutz um seiner selbst willen erstreben, deshalb treffen wir mit unseren Forderungen auch immer das Richtige. Jener Theil der Handlungsgehilfen, der noch bis vor kurzem sich gegen die Ausdehnung der Gewerbeordnung und der Gewerbegerichte auf das Handelsgewerbe sträubte, weil der „Standeshütel“ dies nicht zuließ, fordert heute selbst den Anschluß an die Gewerbegerichte.

Wir sind aber auch sicher, daß die Ausdehnung des Arbeiterschutzes auf die Handlungsgehilfen, dieselben immer mehr zur Erkenntnis ihrer Klassenlage bringen und sie in die Reihen der klassenbewußten Arbeiter hineintreiben wird. Nur die Rückständigkeit der sozialen und politischen Erkenntnis der Handlungsgehilfen, in Verbindung mit der Abhängigkeit von den „Chefs“, hält sie heute vom Klassenkampfe zurück. Zwingt aber die Ausdehnung der Sozialgesetzgebung zu öffentlicher Betätigung, zu Wahlen, zu Verammlungen, zu Vertretung von Arbeiterinteressen gegenüber den Unternehmern, dann gleiten auch die kaufmännischen Proletarier allmählich hinüber in die Reihen der kämpfenden klassenbewußten Arbeiterschaft.

Die sozialdemokratische Arbeiterpresse fordert daher mit Nachdruck die Ausdehnung des Arbeiterschutzes auch im Handelsgewerbe und als nächsten Schritt die baldige Regelung der Frage kaufmännischer Schiedsgerichte im Sinne der Gewerbegerichte.

Kommt die Vorlage an den Reichstag, so wird die Sozialdemokratie ein energischer Anwalt der Interessen der kaufmännischen Gehilfenschaft sein und dafür sorgen, daß ihre Interessen, die der Gehilfen so gut als der Gehilfen, geschützt werden durch das Gesetz.

## Politische Mundstücken.

Deutschland.

**Reichstags-Ergebniswahl in Rastenburg-Gerdauen-Friedland.** Bei der am 18. März stattgehabten Reichstags-Ergebniswahl im Wahlkreise Rastenburg-Gerdauen-Friedland wurden nach amtlicher Feststellung im Ganzen 17702 Stimmen abgegeben. Davon erhielten Rittergutsbesitzer v. Kautier-Kanoten (K.) 9716, Gutsbesitzer Dultz-Königsberg (F.V.) 4773 und Gutsbesitzer Gehard-Kommorowen (S.D.) 3206 Stimmen. 7 Stimmen waren zersplittert. v. Kautier ist demnach gewählt.

**Der Gesetzesentwurf betr. Regelung der gewerblichen Kinderarbeit** soll, wie die Berliner „Vorgenszeitung“ wissen will, alsbald an den Reichstag gelangen. Die Regierung lege Werth darauf, daß diese Vorlage im Reichstage noch vor Pfingsten erledigt werde.

**Nur keine Wahlen mit der Brodwucherparole!** So ruft jetzt entsetzt die „Post“ beim Anblick der Wahlergebnisse von Rastenburg-Gerdauen und Breslau. Den Wahlausgang in dem ostpreussischen Wahlkreise haben einige konservative Organe in sehr durchsichtiger Absicht als einen Beweis dafür angegeben, daß der Kampfruf: „Wider den Brodwucher!“ nicht ziehe, und zwar deshalb, weil es den Konservativen unter Ausbietung aller Kräfte und unter Anwendung der schäblichsten Mittel gelungen ist, den Wahlkreis zu halten, der ihnen seit einem Jahrzehnt absolut sicher war. Die kolossale Vermehrung der antiagrarischen Stimmen, die Thatfache, daß die Sozialdemokratie, die im ganzen Wahlkampfe nicht eine Versammlung abhalten konnte, gegen die seit Jahren ein erbitterter, brutaler Kampf geführt worden war und auf die der konservative Ansturm während des Wahlkampfes vornehmlich gerichtet war, sich in diesem fast rein ländlichen Kreise behauptete — all das ist für diese Blätter nicht vorhanden, weil sie vor der Öffentlichkeit nicht zugehen wollen, wie wenig Rückhalt die Agrarier im Volke haben. Und wenn es sie deshalb auch im Innern gruselt, äußerlich tragen sie zuversichtliche Miene zur Schau und pfeifen lustig, wie Waben, die im Dunkeln ihren Muth zeigen und ihre Angst fortspießen möchten! Die „Post“, das Sammlungsblatt par excellence, hat aber kein Interesse daran, daß den Heißspornen der Rechten der Raufen gestiftet und das Spiel erleichtert wird und deshalb sagt sie die Wahrheit über das Wahlergebnis in Ostpreußen und jammert: „Auch dieser neue Wahlausfall bestärkt uns in der Annahme, daß es unverantwortlich sein würde, wenn die Konservativen nicht alles ansetzen wollten, um zu verhindern, daß die Zolltarifffragen in eine große Wahlbewegung kommen.“ Es ist zweifellos der klügste Rath, der den Agrariern seit langem gegeben wurde — ob sie ihn aber hören werden, ist eine andere Sache. Denn wenn die Götter verderben, den schlagen sie mit Blindheit, und uns kann das nur recht sein, denn der „gemäßigte“ Brodwucher der „Post“-leute ist noch viel gefährlicher als der der Kreuzzeitungsleute, weil er eher zu verwickeln ist.

Aus dem Breslauer Wahlergebnis werden übrigens wohl selbst die blindesten Agrarier keine Zustimmung „weiter Volkskreise“ zu ihren Wucherplänen herauslesen. Denn die Stimmzahl des Brodwucherkandidaten, des Kompromißkandidaten der Konservativen und des Zentrums, für den auch die Nationalliberalen stimmen sollten, ist um 2892 gegen die Stimmen zurückgeblieben, die 1898 auf die Kandidaten dieser Parteien zusammengenommen entfielen. Die „Post“ schiebt aufrichtig die Schuld für diese Verminderung „im wesentlichen auf die Wahlpapole“ und zieht „deshalb auch aus dem neuen Wahlergebnis, ebenso wie aus dem vom 18. März den Schluß, daß es vom Uebel sein würde, wenn die Zollfrage in die allgemeinen Wahlen käme.“ Vom Uebel für die Pöller, das ist schon richtig. Aber nicht vom Uebel für die Volksinteressen. Und deshalb wird es der Sozialdemokratie heißes Bemühen sein, zu bewirken, daß das Volk zum Votum über die Zollfragen komme!

**Das Altenbeker Eisenbahnunglück.** Das Eisenbahnunglück bei Altenbeken, das aus Anlaß seiner furchtbaren Folgen weit über die Grenzen des deutschen Reiches allgemeines Entsetzen erregt hat, gelangte am Freitag und Sonnabend, wie schon kurz gemeldet, vor der Strafkammer des Landgerichts zu Baderborn zur Verhandlung. Das Unglück ereignete sich bekanntlich am 20. Dezember 1901 Mittags zwischen Neuenbeken und Altenbeken. Der 8 Uhr 29 Minuten von Köln abfahrende D-Zug mußte zwischen Neuenbeken und Altenbeken etwa 10 Minuten auf freiem Felde halten, da er ein Pferd, das über die Schienen gelaufen war, überfahren hatte, und die Weiterfahrt erst nach Hinterräumung des Pferdekadavers erfolgen konnte. Nicht hinter dem D-Zug kam ein Personenzug. Der Bahnwärter Kleinhaus von der Blockstation Schürenberg soll von dem Bahnwärter Meyer von der Blockstation Keimberg für den Personenzug „freie Fahrt“ verlangt haben, obgleich ihm bekannt sein mußte, daß der D-Zug noch nicht durchgefahren war. Infolge des dichten Nebels und heftigen Schneegestäubers konnte der Lokomotivführer des Personenzuges den D-Zug nicht sehen. Der Personenzug war mit 4 Minuten Verzögerung aus Baderborn weggefahren; diese wollte er einholen, er fuhr deshalb mit voller Geschwindigkeit und prallte auf den dicht vor ihm fahrenden D-Zug hinaus. Der letzte Wagen des D-Zuges wurde vollständig zertrümmert und die Insassen fast sämmtlich getödtet oder schwer verletzt. 11 Personen waren sofort todt, 4 schwer und einige 20 leicht verletzt. Außerdem war ein sehr beträchtlicher Materialschaden entstanden. Die Schuld wurde nun in erster Reihe dem Bahnwärter Kleinhaus heimgeworfen. Dem Bahnwärter Meyer wurde zum Vorwurf gemacht, daß er bei Kleinhaus nicht telegraphisch angefragt hat, für welchen Zug er „freie Fahrt“ haben wolle. Dem Zugführer des D-Zuges, Franz Wilhelm August Peters (Berlin), wurde zum Vorwurf gemacht, daß er, obwohl er wußte, daß der Personenzug dem D-Zug unmittelbar folgte, letzteren nicht durch Ausstellung von Wachen mit Laternen in der Rückwärtsrichtung und durch Abgabe von Knallsignalen gedeckt habe. Kleinhaus, Meyer und Peters hatten sich daher wegen Gefährdung eines Eisenbahntransportes, sowie wegen fahrlässiger Körperverletzung vor eingangsbekanntem Gerichtshofe zu verantworten. Der Angeklagte Peters verteidigte sich damit, daß er eine Deckung nicht für notwendig hielt, zumal er in Strafe genommen werde, wenn er den Zug unndthig halten lasse. Der Angeklagte Meyer betonte, er habe von der Blockstation Schürenberg das Signal „freie Fahrt“ erhalten und daher angenommen, der D-Zug sei bereits durch und die Bahn freigemacht. Der Angeklagte Kleinhaus bemerkte, er habe das Lautwerk, durch welches sich der Personenzug anmeldete, nicht gehört. Als ihm Meyer das Zeichen gab, ob er noch nicht frei sei, habe er geglaubt, der D-Zug sei durch und er wolle für den Personenzug „freie Fahrt“ haben. Er habe daher das Zeichen „freie Fahrt“ gegeben. Aus der Verhandlung ist hervorzuheben, daß durch Zeugen und Sachverständige allgemein zugegeben wurde, daß am 19. Dezember, also dem Tage vor dem Unglück, als der Kronprinz vorüberfuhr, das Wärterpersonal erheblich vermehrt wurde, und zwar nicht, weil ein Attentat befürchtet wurde, sondern im Interesse der Fahrsicherheit. Ferner wurde festgestellt, daß die Beamten sich stets nach dem alten, instruktionswidrigen System gerichtet und in solchen Fällen das nächste Blockhaus angerufen haben. Zahlreiche von den Vertheidigern gestellte Anträge auf Beweiserhebung wurden sämmtlich abgelehnt. Sonnabend um 11 1/2 Uhr begann das Plaidoyer des Ersten Staatsanwalts, in dem er darlegte, daß sämmtliche Angeklagte gegen ihre Dienstverweisung gefehlt hätten. Er beantragte daher, gegen Kleinhaus auf ein Jahr, gegen Meyer und gegen Peters auf je sechs Wochen Gefängnis zu erkennen. Das Gericht verurtheilte Peters zu sechs Wochen und Kleinhaus zu neun Monaten Gefängnis. Meyer wurde freigesprochen. — Der Ausgang des Prozesses erinnert lebhaft an das Sprichwort von den kleinen Dieben, die man hängt, und den großen, die man laufen läßt. Der eigentlich Verantwortliche im Prozeß ist zweifellos das Sparsystem Schienen.

**Neue Erhebungen über das Kartellwesen** hat der preussische Handelsminister, wie schon jüngst kurz mitgeteilt, in einer Rundfrage an die Regierungspräsidenten angeordnet. Der Erlaß bezeichnet es bei der zunehmenden Bedeutung des Kartellwesens als erwünscht, über die Bildung und Entwicklung wirtschaftlicher Kartelle sowie über deren Wirkungen thunlichst genau unterrichtet zu werden. Die Veranlassung einer förmlichen Enquete über die einschlägigen Fragen empfiehlt sich z. B. aber nicht, weil dadurch unndthiger Weise Benützung in die betroffenen Kreise getragen werden würde. Aus dem gleichen Grunde erscheine es angezeigt, bei Sammlung des Materials von einer Befragung der Beteiligten zunächst abzusehen. Der Minister ersucht deshalb die Regierungspräsidenten, ihm das amtliche Material über Kartelle ohne Umfrage in den beteiligten wirtschaftlichen Kreisen einzureichen und dabei soweit möglich für jedes einzelne Kartell eine Reihe von Fragen zu beantworten. Von Mittheilungen über das Kali-, Kohle-, Koks- und Roheisen-Syndikat kann vorläufig abgesehen werden. — Es ist für uns vorabzusehen, weshalb über das Kohlen-Syndikat, das bekanntlich in der ungeheuerlichsten Weise die Konsumenten bewuchert, keine Erhebungen angestellt werden sollen. Ist dieses Syndikat so mächtig, daß es sogar für den preussischen Handelsminister ein „Rühr mich nicht an“ bildet?!

**Eine Damen-Deputation beim Reichskanzler.** Der Reichskanzler Graf Bülow empfing Donnerstag die Abordnung des „Vereins für Frauenstimme“ unter Führung des Fräuleins Dr. Anita Augspurg, welche die Reformwünsche des Vereins vortrug und eine Adresse überreichte, worin diese Wünsche schriftlich niedergelegt waren. Die Adresse lautet:

Die Versammelten hätten im Namen vieler deutscher Frauen um die Vorlage eines Reichsgesetzes, dahin lautend: „Die vereinsrechtlichen Beschränkungen der Frauen sind in allen deutschen Bundesstaaten aufgehoben.“ Sie bitten ferner um Aufhebung von § 6 des § 301 des Reichs-Frausgesetzbuches (Bestrafung von Prostituirten, Red.), dessen Wirkung ein unerträgliches Ausnahmegericht für alle deutschen Frauen bedeutet. Sie bitten endlich, daß durch Reichsgesetz bestimmt werden möge, daß nach vollgiltig abgelegter Maturitätsprüfung das weibliche Geschlecht das gleiche Recht auf Immatrikulation an Hochschulen habe wie das männliche, daß bei der in Aussicht gestellten Reform des Mädchenschulwesens in Preußen eine Anzahl hochverdienter Frauen zur Mitarbeit herangezogen werde, daß der privaten Initiative bei Reformversuchen für Mädchenfragen durch Konzeptionsverfugung seitens des Kultusministeriums nicht länger hindernd in den Weg getreten wird und daß die Errichtung obligatorischer Fortbildungsschulen für Mädchen eingeleitet werde.

Der Reichskanzler erwiderte nach dem Bericht einer der Teilnehmerinnen mit folgenden Worten:

„Ich danke Ihnen für Ihre freundlichen, berebten Worte; ich danke Ihnen für Ihre Erregung und bitte Sie, davon überzeugt zu sein, daß ich mir der außerordentlichen Bedeutung und des großen Erfolges der Frauenfrage wohl bewußt bin. Was die angeregten Punkte betrifft, so werden Sie selbst wissen, daß ich, wo es sich um die Bestimmungen, die hinsichtlich des Vereinsrechts gelten, handelt, sowie auch um den betrübenden Paragraphen des Strafgesetzbuches, welcher so schmerzliche Erscheinungen zur Folge hat, nicht allmächtig bin; vielmehr ist dies alles gebunden an die Bestimmungen der gesetzgebenden Körperschaften, doch werde ich gern zur Anregung von Änderungen auf diesem Gebiet bereit sein. Was die Frage der Frauenbildung betrifft, so ist sie in Verbindung mit der Grundfrage der Volkserziehung vom Kultusminister in Erwägung gezogen worden. Es ist Ihnen bekannt, welche Stellung zu dieser Frage der Kultusminister einnimmt. Eine nachdrückliche Unterstützung der Mädchenfrage von Seiten der Unterrichtsverwaltung wie von Seiten der Stadtgemeinden ist in Aussicht genommen, und durch neue Vorhaben werden im Unterricht verschiedene Verbesserungen angebracht. Dagegen verhält sich die Unterrichtsverwaltung ablehnend hinsichtlich der Errichtung von besonderen Mädchen-Gymnasien, sowie Aufnahme der Mädchen in die höheren Lehranstalten, und gegenüber der Konzeption. Gegen die Errichtung solcher Anstalten stehen sich Bedenken, dagegen sind verschiedene jährliche Symposien genehmigt und es sollen weitere Erhebungen noch dieser Richtung für gemacht werden. Hinsichtlich des berühmten Punktes, die Freizügigkeit von fremdländischen Frauen zur Vererbung, bin ich bereit, diese sehr wichtige Frage anzuzuerkennen und zu sehen, ob es möglich sein wird, daß Frauen zugelassen werden. Jedenfalls können Sie meine Interessen nicht verletzen; ich werde es, so weit es an mir ist, beim Bundesrat und beim Reichstag zum Ausdruck bringen.“

Ob die Damen von dieser Antwort sehr befriedigt gewesen sind?

**Dreißigstel und Wittigabeln** sind die neuesten Waffen, mit denen die bayerischen Merikalen ihren Widerstand drohen. In einem Artikel gegen das neue Dogma der „Los von Rom“-Bewegung, „Die Wartburg“ und dessen Verleger schreibt das „Münchener Tageblatt“: „Wacht er (der Verleger der „Wartburg“) aber die Sache gar zu leicht, so soll ihm nach seiner Zubereitung aus Sachsen und Oesterreich angesetzt werden, daß über Hören und Sehen verkehrt. Es geht auch heute noch Bayern, welche anständigen Preussensucher und unbedeutende Straßensucher zum Tempel hinaus haben, wenn es möglich ist, mit Dreißigstel und Wittigabeln.“

Die „Münchener Nachrichten“ erinnern sich der unglücklichen Schlacht im Münchener Krieger-Kloster, wo bekanntlich eine Veranlassung der „Jung-Adeligen“, in der der Exequat Graf Hohenhausen reden sollte, von japanischen Merikalen gestört wurde, und fügten demgegenüber den Drohungen des Reiches das folgende hinzu: „Raschige und Stiefelweide allein thun's also nicht. Fortschritt muß sein!“

Die „Münchener Nachrichten“ erinnern sich der unglücklichen Schlacht im Münchener Krieger-Kloster, wo bekanntlich eine Veranlassung der „Jung-Adeligen“, in der der Exequat Graf Hohenhausen reden sollte, von japanischen Merikalen gestört wurde, und fügten demgegenüber den Drohungen des Reiches das folgende hinzu: „Raschige und Stiefelweide allein thun's also nicht. Fortschritt muß sein!“

verschleierung, Benachtheiligung der ihrer Obhut unterstellten Banken und Weisung zu verantworten haben. Dem Vernehmen nach ist bis jetzt nur Buchmüller im Allgemeinen geständig gewesen, die übrigen Angeklagten sollen sämtlich ihre Schuld bestreiten. — Bei dem Umfange soll den Beschuldigten eine längere Frist zur Entgegnung gelassen werden, doch wird angenommen, daß die Hauptverhandlung am 1. Juni ds. Js. vor der 7. Strafkammer wird beginnen können.

**Koloniales.** In Kamerun ist nach den „Berliner Neuesten Nachrichten“ das Ngolobgebiet durch Oberleutnant Lehner unterworfen worden. Die Eingeborenen haben den seit Jahren gesuchten berückichtigten Häuptling Nakelli ausgeliefert. Derselbe ist wegen mehrfachen Mordes, jahrelanger Menschenfresserei und Aufruhrs zum Tode verurtheilt und in Gegenwart von 39 Häuptlingen des Ngolo- und Balunde-Gebietes gehängt worden. Hoch die Zivilisation! — Zum Tode des Oberleutnants Rolke in Kamerun liegt jetzt eine kurze Depesche des stellvertretenden Gouverneurs, Regierungsrath Plehn, aus Duala vor, wonach Rolke von einem Häuptling in Banjo erschossen worden ist, als er den Sultan von Banjo gefangen nehmen wollte.

**Kleine politische Nachrichten.** Der neue Entwurf für das Versicherungsrecht ist im Reichsjustizamt nahezu fertiggestellt. Er umfaßt im Wesentlichen die Bedingungen, die dem Versicherungsnehmer von den Versicherungsanstalten auferlegt werden dürfen, und deren Inhalt den Polizen einverleibt zu werden pflegt. Zunächst wird der Entwurf einer Veranlassung mit Sachverständigen aus dem ganzen Reich unterworfen werden. — Der antisemitische Reichstagsabgeordnete Dr. Bödel war Jahre lang Angestellter des Bundes der Landwirthe und wurde 1898 als solcher mit Hilfe des Bundes in Warburg in den Reichstag gewählt. Wie die „Korrespondenz des Bundes der Landwirthe“ mittheilt, sind jedoch seit längerer Zeit die Beziehungen zwischen dem Bund und Dr. Bödel geküht. — Sämtliche Zündholzfabriken des Harzes richteten an den Reichskanzler eine Petition, von einem Verbote zur Fabrikation mit weißem Phosphor abzusehen und eventuell Maßregeln zu treffen, die die Hausindustrie in diesen verbietet oder den Bezug von weißem Phosphor unter staatliche Kontrolle stellt, im Falle des Verbotes aber angemessene Entschädigung einzutreten zu lassen. — Das preussische Herrenhaus zählte gegenwärtig 300 Mitglieder. Berechtigungen auf Sitz und Stimme im Herrenhaus sind 338 vorhanden, von denen 38 gegenwärtig ruhen. Außerdem sind 7 Mitglieder in das Haus noch nicht eingetreten, so daß gegenwärtig 293 Mitglieder dem Herrenhaus angehören. Seit April vorigen Jahres sind in Folge Todes angegehenden 12; neu berufen wurden 16. — Der preussische Justizminister hat durch allgemeine Verfügung angeordnet, daß die Eingeborenen der deutschen Schutzgebiete, wenn sie vor den preussischen Gerichten auftreten, in Ansehung der Sicherheitsleistung, des Ausländervorschlusses und des Armenrechts als Inländer zu behandeln sind und daß bei ihnen insbesondere die Gerichtsschreiber von der Erhebung des Ausländervorschlusses absehen. — Das Reichsgericht verwarf die Revision des Rechtsanwalts Dr. James Breit-Weißig, der am 4. Dezember vorigen Jahres vom dortigen Schwurgericht wegen Hausfriedensbruchs und Weisankampfes mit tödtlichem Ausgang zu 3 Wochen Gefängnis und 3/4 Jahren Festungshaft verurtheilt war. Dr. Breit hatte am 16. August v. Js. den Studenten Richard Dettlinger im Duell erschossen. — Die gerichtlichen Verurtheilungen von Schuppianten wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt häufen sich wieder in geradezu erschreckender Weise. Die Strafkammer in Bielefeld (Ober-Schlesien) verurtheilte am Freitag v. W. die Polizeiergeanten Janz und Löniger aus Schwientochlowitz wegen Körperverletzung im Amt zu fünf bzw. drei Monaten Gefängnis. Von der Strafkammer in Oppeln wurde der Amtsergeant Gumpka aus Reudorf wegen gleichen Vergehens zu achtzehn Monaten Gefängnis verurtheilt. — Aus Straßburg wird gemeldet: Ein großer Theil des Doaners in zwei Postenteln entwendeten Werthbetrags von 24,000 Mk. Anfanglich wurde der gestohlene Betrag, aufeinander irrtümlich, auf 36,000 Mk. beziffert. (Red.) ist Sonnabend Morgen bei der um 4.40 Uhr erfolgten Leerung eines Briefkastens des Postamts I vorgefunden worden. Von unbekannter Hand sind nämlich des Nachts 24,000 Mk. an Postpapiere und Reichsbanknoten, welche sämtlich von dem Postbeutelbierhaber herrührten, in den Briefkasten geworfen worden. Circa 10,000 Mk., welche aus Doppeltrouzen bestanden, befanden sich noch im Besitze des Diebes, von welchem immer noch jede Spur fehlt. — Da die Streifbewegung in Fiume (Oesterreich-Ungarn) bedenkliche Dimensionen annimmt, ist die Garnison vergrößert. Auch sind mehrere Kriegsschiffe im Hafen eingetroffen. — In Finland sind von 16 Pfarrern, die sich geweigert hatten, das neue Wehrpflichtgesetz in ihren Kirchen zu verlesen, vier bestraft worden. Das Domkapitel des Bisthums Borga ertheilte einem Pfarrer eine Rüge und verurtheilte drei Pastoren zu Geldstrafen: zwei zu Geldstrafen im Betrage von zwei und einen zu einer Geldstrafe im Betrage von drei Monatsgehältern. — Während der Nacht zum Sonnabend explodirte eine Dynamitpatrone vor der Thüre der Wohnung des sterblichen Abgeordneten Derbais, Bürgermeisters von Bische (Hannover). Es wurde Niemand verletzt; nur ein materieller Schaden entstand. — In Kef (Sankt) wurde Freitag ein Pulverthurm, in welchem 40,000 Patronen aufgespeichert waren, durch eine Explosion zerstört. Der Posten, welcher augenzeugende Erklärungen abgab und sagte, er habe vor der Explosion in der Nähe des Pulverturmes ein Feuergebet gesehen, wurde unter dem Verdachte, die Explosion verursacht zu haben, verhaftet. — Den Engländern droht ein Konflikt auf der Insel Malta. Wie der „Daily Telegraph“ von dort erzählt, hat Dr. Maggi, der Führer der italienischen Partei, erklärt, die italienische Sprache müsse auf der Insel den Vorrang behalten; es sei dies das Geheiß der Forderung seiner Freunde und man werde sich weigern, das Ansehen anzunehmen, falls diese Forderung nicht berücksichtigt werde. Man glaubt, daß der Kolonialminister Chamberlain infolge dessen die Aufhebung der Verfassung für Malta verfügen werde.

**Oesterreich-Ungarn.** In der österreichischen Abgeordnetenversammlung ist es Freitag Nachmittag zu heftigen Tumulten gekommen, daß die Sitzung abgebrochen werden mußte. Zur Veranlassung stand der Titel „Mittelstufenwesen“. Auf Antrag des Abg. Derzhatta fand eine namentliche Abstimmung über eine Resolution des Abg. Grafen Stürggh betreffend Aufhebung der slowenischen Parallellassen in Gili und Errichtung eines besonderen slowenischen Gymnasiums in Marburg statt, welche mit 203 gegen 170 Stimmen abgelehnt wurde. (Demonstrativer Beifall bei den Tschechen und Polen. Lärm bei den Alldeutschen, in den die Abgeordneten der deutschen Volkspartei einstimmen. Pfaisirge bei den radikalen Tschechen. Anhaltender Lärm. Der alldeutsche Abg. Berger rief auf einem Schlüssel: Ruhe! Abzug Körper! Abzug Körper! etc.) Der Präsident wusch die Abgeordneten förmlich die Forderung und verließ unter anhaltendem Lärm den Saal. Nach Schluß der Sitzung kommt es noch zwischen einer Anzahl von Gruppen zu lebhaften Streitigkeiten.

**Belgien.** Aufhebung der Spielhölle. Die Kammer nahm Sonnabend mit 93 gegen 7 Stimmen, bei 10 Stimmenthaltung, den Gesetzentwurf über die Spielhäuser im ganzen, mit dem Amendement des Senats, an. Der Gesetzentwurf spricht endgültig das Verbot aller Spielveranstaltungen in Belgien aus und erstreckt sich auch auf die weltberühmten Bäder von Ostende und Spa.

**Frankreich.** Die Kammer berieth am Freitag einen Antrag betr. Amnestirung von Vergehen bei Ausländern und nahm denselben zunächst an, ebenso wie verschiedene dazu gestellte Unteranträge wegen Amnestirung anderer Vergehen, während eine Reihe anderer Zusatzanträge, darunter ein solcher zu Gunsten der vom Staatsgerichtshof Verurtheilten, abgelehnt wurden. In der Gesamtabstimmung über den Antrag in der abgeänderten Gestalt ward derselbe, nachdem der Unterrichtsminister ihn bekämpft hatte, mit 243 gegen 224 Stimmen gänzlich abgelehnt. Darauf nahm die Kammer die Vorlage betreffend die Prämien für die Handelsmarine in der Senatsfassung mit 443 gegen 64 Stimmen an.

**Gelbbuch über den türkisch-französischen Konflikt.** Das Freitag veröffentlichte Gelbbuch über den Konflikt mit der Türkei, in dessen Verlauf es im Oktober v. J. zur vorübergehenden Besetzung von Mytilene durch die Franzosen kam, giebt die Antworten wieder, die Regierungen der Mächte den französischen Botschaftern bei der Mittheilung von der Besetzung gegeben haben. Es enthält insbesondere eine Anzahl von diplomatischen Schriftstücken, aus denen hervorgeht, daß die russische Regierung die französischen Forderungen sehr nachdrücklich bei der Pforte unterstützte, dagegen enthält das Gelbbuch keinerlei Bestätigung für die vor einigen Wochen von dem Abgeordneten Sembat in der Kammer aufgestellte Behauptung, daß Rußland der französischen Aktion im letzten Augenblick Halt geboten habe.

**Ein Theil der städtischen Arbeiter in Toulon** ist wegen Lohn Differenzen in den Ausstand getreten. Die Ausständigen drohen, die Arbeitswilligen an der Arbeit zu verhindern; es sind aus diesem Grunde Militärposten aufgestellt worden.

**Italien.** Harmlose Demonstrationen gegen die Konsumvereine fanden Freitag Nachmittag in Rom, Mailand, Florenz und anderen großen Städten Italiens statt. Von 2 Uhr an hielten sämtliche Ladenbesitzer ihre Geschäfte geschlossen. Ein von den Geschäftsleuten in Rom geleiteter Protestzug vor das Parlament, um feierlich eine Petition zu überreichen, war polizeilich verboten worden.

**Rußland.** Die Spionage-Affaire. Erst jetzt giebt die russische Regierung amtlich die Spionageaffäre Grimm bekannt. Wie der „Ruski Invalid“ mittheilt, wurde auf Anordnung des Kommandirenden der Truppen des Warschauer Militärbezirks Oberstleutnant Grimm, Adjutant beim Stabe des Militärbezirks, wegen eines Staatsverbrechens dienstlicher Art, das er bereits eingestanden hat, am 5. März in Warschau verhaftet. Der „Ruski Invalid“, das Blatt des französischen Ministers Jean Dupuy, bestätigt, daß der russische Oberst Grimm auch französische Militärgeheimnisse, so weit sie sich auf das Zusammenwirken der französischen und russischen Streitkräfte beziehen, verrathen hat, und fügt hinzu, daß Oberst Faure, Vorsteher der zweiten Abtheilung des französischen Großen Generalstabs, bei der Entdeckung des Verraths wesentlich mitgewirkt hat. Er theilte der russischen Regierung mit, daß Oberst Grimm den fremden Spionen keine falschen Pläne, wie er sollte, sondern echte Urkunden verkaufte.

**Sensationelle Verhaftung.** Ueber Wien wird gemeldet: Der dem General-Gouverneur von Moskau, Großfürsten Sergius, zu besonderer Dienstleistung zugetheilte Offizier, sowie dessen beide Schwestern wurden, als sie aus dem Ausland von dem Leichenbegängniß ihres Vaters zurückkehrten, an der Grenze bei Sosnowice von russischen Gendarmen verhaftet. Großfürst Sergius gab telegraphisch die verlangte Bewilligung zur Leibesvisitation der Verhafteten, bei welchen Druckfaden und Schriften gefunden wurden, die beweisen, daß die Verhafteten einem konstitutionell-revolutionären Komitee angehören. Der Graf und die Schwestern wurden in die Warschauer Zitabelle gebracht.

**Transvaal.** Der Anfang vom Ende? Eine völlig überraschende Meldung kommt aus Pretoria. Danach sind dort Sonnabend, wie Reuter meldet, im Sonderzug unter Partamentarflagge die Mitglieder der Transvaal-Regierung Schall Burger, Lukas Meyer, Reiz und Krogh eingetroffen. Sie begaben sich sofort ins Hauptquartier zu Lord Kitchener, mit dem sie eine längere Unterredung hatten. Alsdann reisten sie nach dem Orange-Freistaat weiter.

**Som südafrikanischen Kriegsschauplatz.** Nach Meldungen aus Pretoria sind die großen Operationen Bruce Hamiltons gegen Louis Botha in der Nähe von Ermelo gescheitert. Wie ferner aus Kapstadt berichtet wird, haben die Burenkommandanten Malon und Mariz ihre Truppen südlich von Victoria-West vereinigt. Sie sind nunmehr Herr des ganzen Gebietes, welches eine Ausdehnung von der Größe Frankreichs besitzt. — Die während der letzten Tage äußerst farge amtliche Berichterstattung über die Vorgänge auf dem Kriegsschauplatz hat im englischen Parlament und außerhalb desselben wieder das unbestimmte Gefühl und die Befürchtung hervorgerufen, daß eine neue Hochpost zu erwarten sei. Es ist dies, wie gesagt, nur eine Annahme; dieselbe hat aber so um sich gegriffen, daß das Kriegsamt in den letzten Tagen einen beständigen Strom von Befehlern in seinen Vorhallen zu- und abfließen sieht, die erfahren wollen, ob das Schwelgen gebrochen ist. Selbstverständlich heißt es wieder unverrichteter Dinge abziehen.

Einflussreichen Persönlichkeiten gegenüber, die in die inneren Räume Zutritt haben, wurde aber die blühende Erklärung abgegeben, daß die Regierung keinerlei wichtige Nachrichten zurückhalte und daß absolut nichts vorliege, was den umlaufenden Gerüchten zur Bestätigung dienen und die gehegten Befürchtungen begründet erscheinen ließe.

Nach einer in Brüssel an die Transvaal-Gesandtschaft eingetroffenen offiziellen Statistik der Transvaal-Regierung haben die Verluste der Buren von Transvaal vom 1. September 1900 bis zum 30. September 1901 betragen an Toten 400 und an Verwundeten 700. Wie weiter mitgeteilt wird, betragen die Verluste der Buren bei der Einnahme der Feste Itala im Ganzen 20 Tote und 37 Verwundete, während Kitchener 1 Rt. meldete, die Buren hätten 200 Tote und 300 Verwundete gehabt. Ebenso hatten die Buren bei der Zerstörung der Kolonne Benson nur 13 Tote und 40 Verwundete, während Kitchener von 44 Toten und 100 Verwundeten berichtet hatte.

### Amerika.

**Schutz des Präsidenten.** Das Attentat, dem Präsident McKinley zum Opfer fiel, hat nun doch noch die Gesetzgebungsmaschine der Vereinigten Staaten in Bewegung gesetzt. Am Freitag nahm der Senat mit 52 gegen 15 Stimmen den Gesetzentwurf betr. den Schutz des Präsidenten und die Unterdrückung verbrecherischer Anschläge gegen die Regierung an. Danach wird selbst bei einem Versuch, den Präsidenten, Vizepräsidenten oder ein Kabinetmitglied zu ermorden, auf Todesstrafe erkannt. Ferner soll der Präsident eine besondere Wache erhalten. Aufreizung zu diesen Verbrechen wird mit Gefängnis bestraft.

**Die Kriegsteuern,** d. h. hohe Steuerzuschläge auf verschiedene Massenkonsumartikel, welche von den Vereinigten Staaten zu Beginn des Krieges mit Spanien eingeführt und seitdem weiter erhoben wurden, sind am Freitag durch den Senat aufgehoben worden.

**Der Generalissimus der amerikanischen Armee,** General Miles, soll pensioniert werden. Er machte Opposition gegen die Einrichtung eines Generalstabes; er ist auch beim Präsidenten unbeliebt.

### China.

Zum **Aufstand in Süd-China** berichten Hongkonger Nachrichten aus Kwangsi, die Stadt Kautschau in Kwangtung sei von den Aufständischen erobert worden.

## Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 24. März.

Ein recht ungünstiges Bild liefert uns die Abrechnung der hiesigen Ortskrankenkasse für das verfloffene Jahr, haben doch die Ausgaben die Einnahmen um 15 766,13 Mk. überschritten. Zur Ausgleichung dieses Fehlbetrages sind dem Reservefonds 17 000 Mk. entnommen worden, während ihm auf Grund von Gesetz und Statut mindestens 22 342,14 Mk. hätte zugeführt werden sollen. Diesem Umstande ist es auch wohl zuzuschreiben, daß der Reservefonds um insgesamt 56 043,09 Mark hinter der gesetzlichen Höhe zurückgeblieben ist. Angesichts dieser Thatfache ist es denn auch wohl angebracht, einmal den Ursachen dieser Mehrausgabe nachzuforschen. Der Bericht führt als Hauptursache den andauernd hohen Bestand der erwerbsunfähigen Kranken an. Derselbe hat der Kasse schon eine Mehrausgabe von 22 042,89 Mk. gegen das Vorjahr verursacht. Der Hauptgrund dieses andauernd hohen Standes der erwerbsunfähigen Kranken ist nicht etwa ungünstigen Witterungsverhältnissen, sondern fast ausschließlich der bereits am Beginne des Vorjahres einsetzenden Arbeitslosigkeit zuzuschreiben. Siegt es doch auf der Hand, daß ein durch Noth und Entbehrung ausgemergelter Mensch weit eher einer Krankheit erliegt, als ein Mann, der zwar hart arbeitet, dennoch aber nicht Hunger zu leiden braucht. Sagt doch selbst der Bericht hierüber, daß die Arbeitslosigkeit im Jahre 1901 auf den Krankenbestand eine schädigende Einflusß gehabt hat, ist unzweifelhaft. So tritt uns der Kassenbericht der Ortskrankenkasse entgegen als ein Spiegelbild der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse. Deshalb können wir diesen Bericht allen denen zum eingehenden Studium empfehlen, die da als unsere Stadtväter der Anschauung zuneigen: „Ein besonderer Nothstand beehrt nicht!“ — Eine Mehrausgabe der Kasse um 6000 Mk. jährlich erfolgte durch den Beschluß auf Erhöhung der Krankenhauspflegekosten. Hervorgehoben zu werden verdient daß auf dem nächsten Verbandstage der Krankenkassen u. G. so notwendige Frage der „Arbeitslosenversicherung und Krankenkassen“ erörtert werden soll. Wir halten eine Stellungnahme der Kassen nach dieser Richtung hin in Interesse der Kassenmitglieder und auch der Kassen selbst für eine unbedingte Nothwendigkeit. — Hand in Hand mit dem hohen Krankenbestand geht auch die enorme Steigerung des Arzt honorars, das im Vorjahre die Höhe von 70059,15 Mark oder 7,26 Mark pro Kopf erreichte. Dementsprechend ist auch die Honorierung der einzelnen Kassenärzte eine enorme. So erhielt z. B. ein Arzt im Vorjahre 8064,25 Mk., ein anderer 672,35 Mk., zwei weitere über 5000 Mk. und der Rest bis zu 876, — Mk. herab. Hieraus erhellt, welche enormen Summen einzelne Ärzte aus der Ortskrankenkasse beziehen; man vergleiche damit die manchmal recht schmale Behandlung der Ärzte konstituierenden Kassenmitglieder. — An Krankengeldern wurden im Vorjahre 96 621,78 Mark gegen 74 578,89 Mark in 1900 gezahlt. Von den 1217 Kassenmitgliedern waren durchschnittlich 593 zugleich erwerbsunfähig krank. Also 48 1/2 Proz., nahezu die Hälfte sämtlicher Kranken, waren durchschnittlich erwerbsunfähig. — Ein recht interessantes Bild bietet das Kapitel zu den Betriebsunfällen; erst hier gewinnt man eine kleine Uebersicht über die Zahl der Opfer des Schicksals der Arbeit. Insgesamt sind im Vorjahre 652 Betriebsunfälle zu verzeichnen gewesen; davon entfallen auf die Röchliche Schiffswerft nicht weniger als 179 Unfälle, auf die Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft 80 Fälle, auf die Maschinenfabrik von r. Ewers u. Co.

46 Unfälle und auf die Stanz- und Emaillewerke, vorm. Carl Thiel u. Söhne, A.-G., 34 Unfälle. Fürwahr ein betrübendes Bild! — Anträge auf Heilanstaltsbehandlung wurden 107 gestellt. Das Hauptkontingent der Behandelten stellten die Handlungsgehilfen, Bureau- und Kontorarbeiter und Fabrikarbeiter mit je 17, dann folgen die Diensthofen mit 11. Die Erfolge waren bis auf zwei Ausnahmen sehr zufriedenstellend. — Daß auch der Bureaokratismus in dieser Abrechnung zu seinem Rechte kommen muß, ist klar. So finden wir bei den Verwaltungsausgaben viermal den Vermerk bei Gehältern der Angestellten: 1 Pfg. ist irrthümlich gezahlt und zurückgestellt worden; diese Angestellten haben also einen ihnen früher abgezogenen Pfennig jetzt wieder zurückhalten. Eine höchwichtige Begebenheit, welche unter keinen Umständen in dem Bericht fehlen durfte! — Wie aus vorstehendem Bericht ersichtlich, geht die Klasse einer trüblichen Zukunft entgegen, wenn nicht bessere Verhältnisse Platz greifen. Hoffen wir, daß sich im laufenden Jahre insolge Besserung der Arbeitsgelegenheit der Krankenbestand wesentlich vermindern wird!

Eine **Agitationsausgabe** hat die „Gärtner-Zeitung“, das Organ für die Interessen der Gärtner, herausgegeben. Der Hauptvorstand ersucht uns nun, darauf hinzuweisen, daß er Genossen, die sich für die Gärtnerbewegung interessieren und Gelegenheit haben, mit Gärtnern zusammen zu kommen, gratis und franko eine entsprechende Anzahl Agitationsexemplare zur Verfügung stellt. Wir zweifeln nicht, daß jeder Genosse, dem sich zur Agitation in Gärtnerkreisen Gelegenheit bietet, von diesem Angebot gerne Gebrauch machen wird. Die Adresse des Hauptvorstandes der deutschen Gärtnervereinigung ist: F. Meit, Hamburg 6, Margarethenstraße 50.

**Schont die „Kätzchen“!** Die Unsitte, daß Erwachsene und Kinder die ersten Triebe von Weiden u. s. w., die sog. Kätzchen, abreißen und nach Hause tragen, kann man recht häufig beobachten. Die Kätzchen bilden die erste Nahrung für die Bienen, die an warmen Tagen ausfliegen, um sich Nahrung zu suchen. Meist werden die Meißer dann zu Hause hingelegt und verdorren, manchmal werden sie schon unterwegs weggeworfen. Die Insekten sind über diesen Vandalismus sehr ungehalten und mit Recht. Die Eltern sollten ihre Kinder dahin belehren, daß sie im Interesse der Bienen das Abreißen der Kätzchen unterlassen.

Dem **Bürgerausschuß** lagen in seiner letzten Sitzung fünf Senatsanträge vor. Bevor jedoch zur Berathung derselben übergegangen wurde, bestimmte man den bisherigen Protokollführer Dr. Brunz auf weitere fünf Jahre für dieses Amt. Anlässlich der Berathung über die Vergrößerung des Schulhauses in Rüdnicz wurde seitens des Bürgerausschusses an den Senat das Ersuchen gerichtet, noch die die Schule in Rüdnicz besuchenden Kinder von der Entrichtung des Brückengeldes für die Benutzung der Doppelbrücke über den Travendurchstich entbunden sein sollen. Der Senat hat nunmehr bei Prüfung dieser Angelegenheit gefunden, daß sich in den beiden, zwischen dem jetzigen linken Travenufer und dem rechten Ufer des Durchstiches belegenen Häusern keine schulpflichtigen Kinder befinden; sollte dieser Fall jedoch eintreten, so beabsichtigt die Oberschulbehörde, diese Kinder dem Schulbezirke Israelsdorf einzuverleihen. Damit ist das Ersuchen hinfällig geworden. Bei der Durchführung des Beamtenbesoldungsetats hat hinsichtlich der Landrichter, der Staatsanwälte und des Landgerichtsdirektors die oldenburgische Regierung ein Wortlein mitzureden. Das Ministerium hat sich auf Ansuchen des Senates damit einverstanden erklärt, daß auch den vorbenannten Beamten die erhöhten Gehaltsätze ab 1. April cr. bezahlt würden. Das Ministerium zweifelt nicht, daß der erst im Herbst zusammenzutretende Landtag diesem Zugeständniß seine Einwilligung geben wird. Der Bürgerausschuß erklärte sich damit einverstanden, daß die erhöhten Gehälter ab 1. April laufen; er will jedoch die Zahlung der erhöhten Sätze erst erfolgen lassen, nachdem der Landtag das entscheidende Wort gesprochen hat. In diesem Sinne wurde der Senatsantrag der Bürgerschaft empfohlen. Ein von Brecht gestellter Antrag, nach welchem die Erhöhungen bereits ab 1. Januar cr. laufen sollten, wurde abgelehnt. Der Bürgerausschuß mußte diesen Antrag ablehnen, da sonst die übrigen Beamten, deren Erhöhungen ab 1. April laufen, benachtheiligt worden wären. Im Uebrigen halten wir es für ganz selbstverständlich, daß das Ministerium gar keine bindenden Zusagen geben kann; hier hat nur der Landtag zu beschließen. — Für welche Zwecke man in unserer Vaterstadt trotz des Dalles noch Geld übrig hat, bewies der nächste Senatsantrag. Nach demselben wird auf Ersuchen des Lübeck-Travemünder Rennklubs seitens des Staatspreises anlässlich des diesjährigen Rennens. Der Bürgerausschuß stimmte selbstverständlich diesem Antrage zu. Diese weitere Zuwendung an die oberen Zehntausend auf Kosten der Steuerzahler fordert den allerhöchsten Prozentsatz aller derjenigen heraus, die nicht wollen, daß eine kleine Minderheit aus den Steuergrößen der übergroßen Mehrheit unserer Vaterstadt Liebesgaben erhält. Daß sich in unserer Bürgerschaft auch nicht ein einziger findet, der einmal energisch gegen eine solche Politik der Regierung zu Felde zieht, ist charakteristisch für unsere „Volksvertreter“. Mitgenehmigt wurde sodann ein Antrag, nach welchem das Gehalt des Direktors des Realgymnasiums auf 7500 Mk. steigend bis zu 9500 Mk. und das des Zeichenlehrers auf 2600 resp. 4200 Mk. festgelegt wird. Entgegen dem Antrage des Senates, der das Höchstgehalt des Ersten am 1. April 1908 in Kraft treten lassen wollte, wurde ein Antrag Brecht angenommen, nach welchem dasselbe bereits am 1. April 1905 bezahlt werden soll. Hier handelt es sich ja auch nicht um einen niederen oder mittleren, sondern um einen hohen Beamten. Das erklärt Alles! — Zwecks Instandsetzung und Einrichtung eines Schulzimmers in der III. St. Lorenz-Knaben-Schule für die Zwecke des Knabenhortes sollen 1370 Mk. bewilligt werden. Die beantragte Mitgenehmigung wurde ertheilt. — Zum Schluß erstattete die zur Berathung des Antrages Hape, den Senat um Prüfung des Wesens des Vereins zur Herstellung von Schulbüchern zu ersuchen, eingeleitete Kommission Bericht. Entsprechend dem Kommissionsbeschlusse lehnte der Bürgerausschuß es einstimmig ab, den Antrag Hape an den Senat zu richten, nach demgegen einen anderen Antrag der Kommission an, nach dem die Oberschulbehörde auch bei der Festlegung der Preise der Bücher ihre Genehmigung zu

ertheilen hat. Es scheint also doch etwas faul im Staate Dänemark zu sein, denn sonst hätte die Kommission nicht den letzteren Antrag gestellt.

**Strafkammer II.** Eine amerikanische Zahnärztin vor Gericht. Am Sonnabend hatte sich die amerikanische Zahnärztin Fr. M. wegen Vergehens gegen die Gewerbeordnung zu verantworten. Sie hatte nämlich auf ihrem Schilde den Titel „Amerikanische Zahnärztin“ hinzusetzen lassen. Auf Veranlassung des Oberstaatsanwalts erhob die hiesige Staatsanwaltschaft dieserhalb Anklage; das Schöffengericht sprach die Angeklagte jedoch frei. Hiergegen legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein, und die Strafkammer erkannte Sonnabend auf 5 Mark Geldstrafe. In den Urtheilsgründen hieß es, daß hier nur Derjenige sich Zahnarzt nennen dürfe, der in Deutschland approbiert sei. Daran ändere auch der Zusatz „amerikanische“ nichts. — Des Meineides hatte der Schuhmacher und Händler B. in einer Eingabe an die Hofstadter Staatsanwaltschaft die Genbarmeriewachmeister Janzen und Möller I. bezichtigt. Hierzu gab ihm folgender Umstand Veranlassung: Anlässlich des Manövers im Vorjahre fuhr der Angeklagte nach Dudenborn, um dort unter den Soldaten Branntwein und Zigarren zu verkaufen. Hierbei wurde er von den beiden Polizisten erfaßt, die ihn dann, da er keinen Wandergewerbeschein hatte, zur Anzeige brachten. Die Folge war seine Verurtheilung vom Amtsgericht Sülze zu Geldstrafen. Wegen des Urtheils legte er Berufung ein, die jedoch verworfen wurde. Nun reichte er die Denunziation ein und behauptete, die beiden Polizisten hätten einen Meineid geleistet, denn er hätte gar keinen Schnaps und keine Zigarren verkauft, obwohl er diese beiden Sachen bei sich führte. Auch sei es unwar, daß er den Beamten gegenüber ein Geständniß abgelegt habe. Hieraus wurde ein Verfahren gegen die beiden Beamten eingeleitet, das jedoch mit ihrer Freisprechung endigte. Dagegen wurde gegen B. Anzeige wegen wissentlich falscher Anschuldigung erstattet. Die Verhandlung, zu welcher 5 Dragoner und 5 weitere Zeugen geladen waren, endete mit der Verurtheilung des Angeklagten zu 6 Monaten Gefängnis. Gegen einen Entlassungszeugen des B. schwebt bereits ein Verfahren wegen Meineides, das demnächst vor dem Schwurgericht ihre Erlebigung findet.

Seinem **Leben ein Ende gemacht** hat in der Nacht zum Sonnabend in seinem neuerbauten Hause in der Moorstraße der Baumunternehmer Benthien durch Erhängen. B. war Besitzer zahlreicher Häuser in der Vorstadt Marly. Das Motiv der That ist darin zu suchen, daß zwei seiner Häuser demnächst zur Zwangsversteigerung gelangen sollten. B. hinterläßt eine Frau mit 5 Kindern.

Die **Fahrradabgabe** ist nach einer Bekanntmachung des Polizeiamts bis zum 15. April während der Zeit von 9—1 resp. 3—5 Uhr an der Kasse des Polizeiamts zu bezahlen. Bei Zahlung der Steuer werden gleichzeitig neue Fahrradnummern — blau mit weißer Schrift — gegen Rückgabe der bisherigen Nummern verabfolgt. Anträge auf Ermäßigung der Abgabe auf 3 Mk. sind unter Vorlegung des für das Jahr geltenden Einkommensteuerzettels ebendortselbst einzureichen.

Vom **Safen.** Ihre Thätigkeit verändert haben die Safenpiraten, welche vor einiger Zeit mehreren Segelschiffen einen unfreiwilligen Besuch abstateten. Sie versuchen nunmehr, sich Zugang zu Dampfern zu verschaffen. Ihre erste Thätigkeit galt dem Dampfer „Machilde Jäde“, auf dem sie jedoch nichts erbeuteten. Mit leeren Händen mußten sie wieder abziehen.

In das **Handelsregister** ist die Firma „Georg Gustav Wendt“ mit G. G. Wendt als Inhaber eingetragen worden.

**Kleine polizeiliche Nachrichten.** Ermittelt und festgenommen wurde ein mit Zuchthaus vorbestrafter hiesiger Tischlergeselle, der sich am Sonnabend Abend in einem hiesigen Schlachterladen eines Taschendiebstahls schuldig machte. — Ermittelt wurden 3 Männer und eine Frauensperson, die in letzter Zeit wiederholt der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft gehörige Steinkohlen-Briketts, von dem Lagerplatz am Stadtgraben stahlen. Auch eine Frau, die die gestohlenen Briketts ihres Vortheils wegen annahm, wird sich wegen Hehlerei zu verantworten haben.

pb. **Festgenommen** wurde am gestrigen Tage zwei Personen wegen Bettelns und eine wegen Trunkenheit.

**Stoßeldorf.** Darum!!! Bekanntlich gab Herr Michaelson-Stoßeldorf nach der Wegegemeinde-Versammlung am 15. d. Mts. Hier zum besten. Auf unsere Frage nach dem „Warum?“ theilt uns unser Korrespondent mit, daß Herr Michaelson alle Ursache hatte, über die Annahme seines Antrages erfreut zu sein. Sobald nämlich die Regulierung der Chaussee an der Lohse erfolgt ist, wird Herr M. dort etwa 40 Häuser errichten können und dann durch den Verkauf derselben ein gutes Geschäft machen. Seitens der Regierung ist die Errichtung von Gebäuden abhängig gemacht vom Chausseebau. Die Bewohner des Lohsweges, meistens Arbeiter, haben ein lebhaftes Interesse daran, daß der bisherige Zustand des Weges ein besserer wird. — Ueberhaupt wird u. G. Jeder wissen müssen, daß die Wege im Landgebiet sehr vieles zu wünschen übrig lassen, da die Mehrzahl derselben bei Regenwetter fast unpassierbar sind. Die Pfländer sind froh, daß sie zu den schönsten Zeiten, wo die Wege schaukeln stattfinden, ihren Pfand zum Stichtage eben und dann ist alles gethan. Hat doch jeder kleine Rättnen einen harten Kampf um seine und seiner Familie Existenz zu führen; muß er doch regelmäßig seine Steuern entrichten. Kann man es ihm da verdenken, wenn er das Riezfahren unterläßt? — Wenn die neue Chaussee später von der Gemeinde übernommen wird, dann werden die Kosten nach dem Grundsteuer-Meinertrag der Genossen berechnet; hierbei werden die stärkeren Schultern etwas mehr herangezogen. Was riecht das stark nach Kommunismus!

**Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete.** Die Zimmerer in Westerland a. Sylt befinden sich in einer Lohnbewegung. Sie fordern 50 Pfg. Stundenlohn gegen einen jetzt geltenden Lohn von 43 Pfg. — In Hamburg war ein Transportarbeiter wegen Befeldigung eines Arbeitswilligen durch das Wort „Heibelberger“ zu 1 Woche Gefängnis verurtheilt worden. Die hiergegen eingelegte Revision wurde verworfen. — Differenzen zwischen dem Brauereiverband und den Brauereiarbeitern in Bremen sind dadurch heraufbeschworen worden, daß die Brauereien die am 11. Mai 1901 vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts festgelegte Tarifvereinbarung dadurch zu umgehen suchen, daß sie, um die vereinbarten Alters-

zulagen zu ersparen, die älteren Arbeiter entlassen und jüngere, vielfach jugendliche Arbeiter und Frauen und Mädchen, einstellen. So hat die Kaiserbrauerei 43 Arbeiter entlassen und neun Frauen und drei jugendliche Arbeiter eingestellt. In einer Versammlung der Brauereiarbeiter wurde das als eine Verhöhnung der Tarifvereinbarung bezeichnet. Die Brauereiarbeiter wollen die Hälfte der Bremer Gesamtarbeiterchaft anrufen. — In einer sozialdemokratischen Parteiversammlung in Oldenburg wurde beschlossen, als Reichstagskandidaten für den ersten Oldenburger Wahlkreis den Genossen Paul Hug in Bant wieder aufzustellen.

**Kleine Chronik der Nachbargebiete.** Auf dem Kaiserwerk Jersnitz bei Lübeck stürzte Freitag ein Zimmerlehrer vom Dach ab und erlitt lebensgefährliche Verletzungen. — Aus dem Ahrensburger Gefängnis entwichen ist der Arbeiter Pfennig, der eine mehrmonatliche Gefängnisstrafe zu verbüßte. Kurz nach seinem Ausbruch hat er bereits wieder in Gemeinschaft mit einem eben erst aus dem Gefängnis entlassenen Komplizen einen Einbruchsdiebstahl verübt. — Wegen Mißhandlung von Schiffsjungen stand Freitag der Wachtmeistermaat Nieß und der Obermatrose Palm vor dem Marinekriegsgericht in Kiel. Ersterer hatte sich gegen 20, Letzterer gegen 4 Schiffsjungen des Schiffs „Charlotte“ in grober Weise vergangen, die Jungen waren geohrfeigt, geschlagen und in einzelnen Fällen schwer mißhandelt worden. Nieß wurde zu 3 Wochen, Palm zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. — Von einem Straßenbahnwagen überfahren und lebensgefährlich verletzt wurde in Hamburg ein Kind.

**Oldesloe.** Ueber einen sonderbaren Zufall weiß der „Old. Landb.“ folgendes zu berichten: Eine Lehrerin hat unter ihren 50 kleinen Mädchen drei Töchter von drei Lehrern. Eines Tages erhebt sich eine derselben, ein rundbackiger Flachkopf, und sagt munter zu der Lehrerin: „Heute ist meines Vaters Geburtstag!“ Darauf spricht die zweite Lehrertochter, eine schlanke Brünette: „Heute ist auch meines Vaters Geburtstag!“ Dann ruft mit funkelnden Augen die dritte: „Auch meines Vaters Geburtstag ist heute!“ Ganz verwundert blickt die Lehrerin auf das glückliche Kleeblatt. In einer Schulkasse drei gleichaltrige Kinder aus drei verschiedenen Lehrfamilien, die an demselben Tage den Geburtstag des Vaters feiern, das ist allerdings ein sonderbarer Zufall.

**Schönberg.** Arbeiterisiko. Am Freitag verunglückte in der Dampfzuckerfabrik des Eisenerzwerkes Wackwitz ein Tischler dadurch, daß er mit der einen Hand in die Maschine gerieth und sich dieselbe sehr schwer verletzte.

**Strelitz.** Der rettende Formfehler. Der Magistrat erhielt von der Landesregierung zu Neustrelitz die Entscheidung betreffs der am 18. vorigen Monats stattgefundenen Senatorwahl mit der Motivierung zurück, daß „die Wahl eines Formfehlers wegen nicht anerkannt werden könne, da nach dem Stadtreglement die Stadtverordneten vor der Wahl in einer Bürgerversammlung mit der Bürgerchaft über einen geeigneten Kandidaten Rücksprache nehmen müssen. Dies habe jedoch bei dieser Wahl nicht stattgefunden.“ — Bekanntlich war gegen die Gültigkeit dieser Senatorwahl von Personen, die dem Magistrat sehr nahe

stehen, protestirt worden, weil der Gewählte „zu alt und nicht genügend Kenntnisse besitze“. Wie werden diese Protestler sich jetzt freuen, daß das Ministerium den rettenden Formfehler entdeckt hat!

**Hamburg.** Zum Bau des Centralbahnhofs. Bekanntlich sollen die Lübecker Züge nach Fertigstellung des Centralbahnhofs und des neuen Gleisweges von Hamburg bis zur Lübecker Strecke während einer Zeitdauer von etwa 2 Jahren bis zur Fertigstellung der anderen Strecken allein vom neuen Bahnhof abgelassen werden. Da sich die Fertigstellung des Gebäudes für den Centralbahnhof bedeutend verzögert, hat die preussische Eisenbahn-Verwaltung mit der Direktion der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft Verhandlungen angeknüpft, die darauf hinausgehen, den im nächsten Frühjahr fertig zu werden den Dammtorbahnhof für diesen Zweck mit zu verwenden. Wenn die Lübecker Züge vom Dammtorbahnhof statt dem Centralbahnhof abgelassen würden, stände allerdings für den Bau des letzteren wesentlich mehr Zeit zur Verfügung. Die Verhandlungen zwischen den beteiligten Verwaltungen haben noch zu keinem endgültigen Ergebnis geführt.

**Lübecker Marktpreise vom 22. März.**

Bauern-Butter 1,15 Mk., Meierei-Butter 1,25 Mk., Hasen Eid. — Mk., Enten Eid. 3,50 Mk., Hühner Eid. 1,90 Mk., Rillen Eid. — Mk., Lauben Eid. 0,60 Mk., Gänse Pfd. — Mk., Frickegans — Mk., Schweinestopf 0,50 Mk., Schinken Pfd. 85 Pfg., Bruch Pfd. 1,20 Mk., Eier 10 Stk. 60 Pfg., Karaffeln 10 Liter 50 Pfg., Karpen Pfd. 1.— Mk., Karaffeln Pfd. 60 Pfg., Gekochte Pfd. 60 Pfg., Barische Pfd. 60 Pfg., Kalb Pfd. 0,90 Mk.

**Dankagung.**  
Für die Beteiligung beim Begräbnis meines lieben Vaters und für die reichen Kranzspenden, insbesondere Herrn Pastor Stöcker für seine trostreichen Worte sagen wir unsern herzlichsten Dank.  
**Elisabeth Reetz**  
reißt Kinder

Für die bewusste Aufmerksamkeit zur Confirmation unserer Tochter Frieda sagen ihrer herzlichsten Dank  
**H. Gölner und Frau.**

Wir sagen hiermit allen unsern Freunden und Bekannten unsern besten Dank für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Confirmation unserer Tochter Adelheid.  
**K. Essegern und Frau.**

Für die vielen Gratulationen und Geschenke unserer Tochter Dora sagen herzlichsten Dank  
**C. Boldt und Frau.**

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Confirmation unseres Sohnes Hermann sagen herzlichsten Dank  
**A. Wilcken u. Frau.** geb. Köhler.

Für die zahlreichen Gratulationen und Aufmerksamkeit zur Confirmation unserer Tochter Marie sagen herzlichsten Dank  
**W. Schnell und Frau.**

Allen Freunden und Bekannten für die uns am Palmsonntag so zahlreich bewiesenen Aufmerksamkeit zur Confirmation unseres Sohnes Heinrich unsern herzlichsten Dank.  
**H. Kleinteldt und Frau.**

**Zu sofort eine freundliche leere Etage zu vermieten.** Näheres Engelstraße 43/17.

**Zum 1. Juli eine zweite Etage abgetheilt,** 3 gr. Zimmer u. Zubeh., Preis 250 Mk. Gd., b. d. Matthäi Aug. u. A. 3 12 a d. Exp. d. St. Gedacht zum 1. Juli von ordentlichen Leuten eine Wohnung im Preise von 180—190 Mk., in der Nähe des Langen Johberg. Offerten unter **K C 2** an die Expedition.

2 junge Leute, diesen Herbst vom Militär entlassen, wünschen Beschäftigung im Auslande, Africa oder Asien bevorzugt. Adr.: **H. Matern,** Johannisstr. 55, Lübeck

**Redegewandter Sänger gesucht** zum Vortrag eines patriot. Artikels. Zu meld. nach 7 oder v. 12—2 Uhr. Adr. **H. Reuter,** S. 2 St.

**Gesucht zu Otern ein Lehrling.** **Julius Fieberg,** Föhrerwäcker, Ahrensburg i. S.

**Einige gute Verhältnisse und gr. Verdien** bei **W. Lemcke,** Kollmerstraße 19.

**Zu verkaufen eine 4-kannige Petroleum-Maschine** Saager Johberg 28. Dinstag, 1 Tag.

**Ein neues und ein gebrauchtes Bett** billig zu verkaufen. **Magdalenstr. 24.**

Ein gut erhaltenes **Dehler-Wagen** Dreirädermaschine und ein **hartes Gefäß** mit Leinwand für Schwämme billig zu verkaufen.  
**H. Cammerow,** Boitzinger Straße

**Bücher zu verkaufen** 1 großes Sopha, 1 Tisch, 1 Bettstelle mit Matratze.  
**Gangstraße 80, 1. Stg.**

**Ein Schirm** haben geblieben. **Abzugeben in Laden Engelstraße 75.**

**Witzige für Knaben bis 15 Jahren** werden in und außer dem Hause angefertigt. **Schlesinger Allee 67, Hüttenberg.**

**Der beste an Speise ist meine Speisewirtschaft** **Wengstr. 42.**  
**Frau Rieck Wwe.**

**Hochfeine französische Eier-Kartoffeln** werden billig abgegeben. **Hüttenberg 23.**

**Knaben-Blousen-Anzüge**  
**Knaben-Jacket-Anzüge**  
**Knaben-Schul-Anzüge**  
**Knaben-Hosen**  
in allen Facons und Größen  
**Knaben-Mützen und Hüte**  
Sämmtliche Artikel in sehr großer Auswahl zu enorm billigen Preisen.  
**Louis Levy,** Altingenberg 5, Ecke Marlesgrube  
Bitte um Beachtung meiner Schaufenster.

**Holstenstr. 9 J. Möllendorf Holstenstr. 9**  
empfehlen sein colossales Lager von:  
**Arbeiter-Stiefel u. Schuhe, extra stark, sowie Damen-, Herren- und Kinder-Schuhe, Stiefel, Pantoffel etc. etc.**  
unter absoluter Garantie für nur gediegene reelle kräftige Waare zu den billigsten Preisen.

**Heinr. Müssig, Malermeister, Karpfenstr. 18.**  
Ausführung moderner Decorations-Arbeiten  
**Glasmalerei, sowie sämmtl. Anstreicher-Arbeiten zu den billigst. Preisen.**  
Eigenes Leitergerüst zum Fassadenanstreichen.

**Empfehlungs-Karten**  
Die Druckerei des Lüb. Volksboten.  
**Südweine**  
rothe und weiße  
empfehlen unter Garantie für naturreine die Colonialwaarenhandlung von  
**Joh. Wagner, Gracienstr. 15.**  
(Reichrath'schen Neben zur Verfassung)  
**Rindfleisch . Pfd. 45 Pfg.**  
**Prima Kalbfleisch . 30 -**  
**Schweinefleisch . 65 -**  
**Carbonade . 70 -**  
**Leber- u. Mettwurst 60 -**  
**Sätze u. Braunsch. 50 -**  
**Schmalz . . . Pfd. 70 -**  
**W. Strohsfeldt**  
Glockengießerstraße 73  
Rathhausplatz Nr. 14 und 15.

Ihren reinigen . 1,50,  
Federn einsehen . 1,50,  
1 Jahr Garantie.  
Uhrgläser 1. Qual. 0,30.  
**Aug. Böttner,**  
Uhrmacher,  
Süßstraße 32.

**TAPETEN**  
Große Auswahl.  
Billige Preise.  
**Carl Buchholtz**  
Fadenburger Allee 108  
u. am Landesplatz in der St. Lorenz-Apothek.

**Leere Farbetonnen**  
hat abzugeben  
**Friedr. Meyer & Co.**

**Grosse Auction!**  
am Dienstag den 25. März 1902  
Nachmittags 2 1/2 Uhr  
**14 Hundstraße 14**  
über: mehrere Sophas, Stühle, Tisch, Schatulle mit Aufsatz, 2 Kleiderkränze, 1 Waschtisch (5 Pfg. Einnahme), 1 Kissen, 1 große Bettstelle, Bilder mit Musik und Uhr, ein großer Posten Kellergelb, Kellergelb, Schraubenschrauben, Sägen, Eisenbohrer, Bohrmaschinen, Pöbelbank, Waschtische, 2 Handwagen, ferner emaillierte Kochtöpfe, Oherartikel, Taschenrechner, ff. Cigarren u. versch. nicht Gen. mhr.  
**Jochim Ch. B. Schmehl,**  
Auctionator und Taxator.

**Holzarbeiter-Verband**  
**Mitglieder-Versammlung**  
am Dienstag den 25. März 1902  
Abends 8 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52  
Tages-Ordnung:  
1. Etichwahl zum Gewerkschaftscongr. 2. Fragekasten  
3. Verschiedenes.  
Collega! Es scheint vorzähllich!  
Die Lokalverwaltung.

**Gesangverein „Eintracht“**  
**BALLE**

am zweiten Osterfeiertag  
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52.  
Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.  
Mitgliedslisten müssen vorgelegt werden.  
Einführung gestattet.  
Das Festcomitee

**Concerhaus Fünthausen**  
(A. W. Neumann.)  
Palmsonntag den 23. März und folgende Tage:

**Willkommenster Originalinematograph Lumière (L. Krwig's Theater).**  
1. Abth.: Veltereignisse.  
2. " Internationalle Scenen.  
3. " Jetherbrett'l-Komödianten.  
4. " Aladin und die Wunderlampe, Marmorgruppen etc.  
Kassenschluss 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.  
Mittwoch den 26. März:  
**Die letzten zwei Vorstellungen.**  
Nachmittags 4 Uhr: Kinderdarstellung.  
Abendvorstellung: 8 Uhr.

**Stall-Theater.**  
Dienstag den 25. März. Anfang 7 1/2 Uhr.  
145. Abon.ort. 176. Borst. 25. Dienstags-Ab.  
Chrenabid für Fräulein Elisabeth Partwig.  
**Die Ehre.**  
Schauspiel in 4 Akten von G. Sudermann.  
Mittwochen 26. März. Anfang 7 1/2 Uhr.  
146. Abon.ort. 177. Borst. 25. Mittwoch-Ab.  
Mit theatralen Decorat.ionen und unter Mitwirkung des gesammten Personals.  
**Die Afrikanerin.**

## Der Landproletarier.

In Italien finden zur Zeit große Streikbewegungen unter den ländlichen Arbeitern statt und es wurde gemeldet, es seien Truppen nach den „bedrohten Punkten“ abgegangen. Wenn das Letztere richtig ist, so wäre es ein großer Fehler und würde die Wirkung der großen und bedeutenden Rede, die der Minister des Innern, Giolitti, jüngst über die Stellung der Regierung zur Arbeiterbewegung gehalten hat, wesentlich abschwächen. Giolitti hat im Ganzen wiederholt, was er schon einmal gesagt hat; er hält es für ein unveräußerliches Recht der Arbeiter, sich bessere Lebensbedingungen zu erkämpfen. Damit ist auch die Koalitionsfreiheit für die ländlichen Arbeiter Italiens anerkannt, während bekanntlich bei uns die ländlichen Arbeiter in dieser Beziehung vollkommen rechtlos sind.

Dabei machte Giolitti den herrschenden Klassen eine elegante Verbeugung und erklärte es für die Pflicht der Regierung, mit ihren Machtmitteln einzugreifen, wenn mit den Lohnbewegungen Gewalttätigkeiten verbunden sein sollten. Unmittelbar vorher hatte er aber betont, im vorigen Jahre habe man Gewalttätigkeiten befürchtet und sie seien ausgeblieben; so werde es wohl auch diesmal sein. Wenn aber dennoch schon, ohne daß von Gewalttätigkeiten das Geringste verlautet, Truppen in das Auslandsgebiet gesandt worden sind — wie reimt sich das zusammen?

Die Truppen müssen durch ihre Anwesenheit, auch wenn sie sich ganz ruhig verhalten, bei den Arbeitern Erbitterung hervorrufen. Sie liefern den greifbaren und lebendigen Beweis, daß der Klassenstaat in den Lohnkämpfen dann doch Partei für die herrschenden Klassen nimmt. „Sind wir denn Räuber und Mörder?“ werden die Arbeiter fragen, die peinlich den gesetzlichen Weg innehalten. Die Anwesenheit des Militärs wird die Großgrundbesitzer in ihrem Widerstand gegen die Forderungen der Arbeiter bestärken und sie leicht zu Brutalitäten verleiten, da sie wissen, daß das Militär zu ihnen hält. Die Meute, die im vorigen Jahre ein Leutnant unter den ländlichen Arbeitern anrichtete, hat den Beweis geliefert, wie leicht die Soldateska sich hinreißen läßt, von ihren Waffen Gebrauch zu machen. Wenn also Giolitti ernstlich, wie er sagt, gesonnen ist, „unparteiisch zu bleiben und die Rechte Aller zu achten,“ dann muß er das Militär zurückziehen.

Dann hat aber Giolitti, wahrscheinlich um die vor dem Koalitionsrecht der Arbeiter kopfsich werdende Bourgeoisie wieder zu ermutigen, gesagt, Ausstände bei öffentlichen Betrieben seien „Aufhebung des staatlichen Lebens“, also Anarchie, und die Theilnahme an solchen Bewegungen sei ein Verbrechen. Also die Beamten — die Eisenbahner sind hier in erster Linie gemeint — sollen keine Koalitionsfreiheit haben! Seltsame Widersprüche, die beweisen, daß auch das demokratische Ministerium Zanarobelli nicht aus seiner Bourgeoischaut heraus kann. Warum soll denn bei den Staatsarbeitern ein „Verbrechen“ sein, was bei den industriellen und ländlichen Arbeiter für ein gutes Recht erklärt wird?

Man merkt der Rede Giolitti's wohl an, daß die Regierung taufend Rücksichten zu nehmen hat und daß sie mit den reaktionären Elementen des Parlaments rechnen muß. Sie wird aber mit dieser Schaukelpolitik nicht weiter kommen. Sie wird sich schließlich gezwungen sehen, das Parlament aufzulösen und die Arbeiterfrage zur Wahlparole zu machen.

Das Experiment mag etwas gewagt erscheinen, aber schlimmer kann die Kammer nicht werden, als sie ist.

Wir erkennen rückhaltlos das Zeitgemäße der Konzeption der italienischen Regierung an die Arbeiter an. Die Schwankungen und Schwächen der Regierung erklären

wir uns zum guten Theil aus der Schwierigkeit ihrer Stellung.

Wenn diese Regierung aber wirklich den Arbeitern Bewegungsfreiheit garantiren will, dann muß sie weiter gehen. Ein augenblickliches Wohlwollen einer Regierung enthält keine Bürgschaften für die Zukunft und Ministerreden sind keine Gesetze. Es muß also eine positive Arbeitergesetzgebung in Italien begonnen werden, welche den Arbeitern die heutigen Zugeständnisse sichert und sie ihnen erhält, bevor wieder eine konservative Richtung ausbrudert kommt, was in Italien ganz gewiß nicht zu den Unmöglichkeiten gehört.

Von unberechenbarer Tragweite ist die Sozialpolitik des Ministeriums Zanarobelli wegen des großen Beispiels. Wären wir nur in Deutschland auch erst so weit! In dem Augenblick, da bei unseren ländlichen Arbeitern das Klassenbewußtsein erwacht, verliert das ganze Agrarierthum den Boden unter den Füßen; die Macht des Junkerthums geht zum Teufel.

Was italienische Landproletarier können, das müssen die unseren aber auch können, und wir hoffen, daß das italienische Beispiel nicht ohne Wirkung bleibt. Wenn sie hören, wie ihre italienischen Brüder ihre Lage verbessert haben, dann werden sie den Werth des Koalitionsrechts begreifen und sich dasselbe erringen. Mittel und Wege dazu werden sie finden und von da ab wird eine Wendung zum Besseren in der ganzen inneren Politik eintreten.

## Soziales und Parteileben.

**Streiks und Lohnbewegungen.** Seit einigen Tagen befanden sich 800 Hafnarbeiter in La Rochelle (Frankreich) im Streik. Die Einigungsverhandlungen vor dem Friedensrichter scheiterten. Die Versuche, den Dampfer „Ville de l'Orient“, der vor La Pallice lag, mit Hilfe der eigenen Mannschaft zu löschen, führten zu Zusammenstößen zwischen Streikenden und Gendarmen, welche Streikende verhaften wollten, Militär kam der Polizei zu Hilfe. Nachdem die Ruhe wieder hergestellt worden war, wurden die Verhandlungen von Neuem aufgenommen und führten zu dem Ergebnis, daß die Arbeitgeber die von den Hafnarbeitern gestellten Forderungen sämtlich bewilligten. Die Arbeit wurde sofort wieder aufgenommen.

**Neue Massenentlassungen von Arbeitern.** Nach Meldungen aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet herrscht angeichts der in den letzten Tagen vorgenommenen Massenentlassungen unter den Bergleuten thätigste Bestürzung. Auf der Zeche Hercules wurde den Bergleuten 20 Prozent Abzug auf Gehälter und 20 bis 40 Pfennig Lohnabzug angefündigt. Unter Dortmunder Parteiorgan nimmt an, daß die Zechen über ein gemeinsames Vorgehen nach dieser Richtung hin schlüssig geworden sind.

**Ein Kongreß der Lichtdrucker Deutschlands** (Photographen, Präparateure und Retoucheure) findet vom 18. bis 20. Mai in Berlin im Gewerkschaftshaus statt. Der Kongreß wird zur Belehungsfrage und den Lehranstalten für diese Berufe Stellung nehmen und die Verhältnisse der Lichtdrucker behandeln. Es bestehen in Deutschland in 39 Städten Lichtdruckanstalten, die 660 Gehilfen beschäftigen. Für je 50 Gehilfen soll ein Delegirter entsandt werden.

**Erwerbsthätige Schüler.** In Hainichen, einem kleinen sächsischen Städtchen mit weniger als 10 000 Einwohnern, sind nach dem amtlichen Schulbericht im abgelaufenen Schuljahre 637 Schüler gewerblich beschäftigt gewesen. In einer Schule erreichte die Zahl der Beschäftigten 67 Proz. aller Schüler.

**Eine Subventionierung des Arbeitersekretariats** in Kassel, die die sozialdemokratischen Stadtverordneten beantragt hatten, wurde vom Magistrat abgelehnt mit der sehr deplatzierten Begründung, für das Sekretariat sei in Kassel kein Bedürfnis vorhanden. — Na, wir glauben schon, daß die Herren vom Magistrat auch ohne ein solches Institut

leben können. Aber darauf kommt es bekanntlich auch gar nicht an, sondern darauf, daß die zahlreichen Arbeiter das Bedürfnis haben.

**Zur Bekämpfung der Kindersterblichkeit** in den Sommermonaten soll in Halle a. S. in den Monaten Juli bis einschließlich September an unbemittelte Mütter sterilisirte vollwertige Kindermilch zu einem billigeren Preise als der ist, den gewöhnliche Milch kostet, von Gemeinde wegen abgegeben werden. Die Differenz zwischen dem gewöhnlichen Verkaufspreise und dem herabgesetzten Preise soll von der Stadtkasse beglichen werden.

**Gemeindevahlen.** Die Gemeinde-Vertreter-Wahlen in den Vororten Berlins haben Donnerstag unserer Partei abermals eine Reihe von Siegen gebracht. In Dalldorf unterlagen in der dritten Abtheilung die Kandidaten der Bürgerpartei den sozialdemokratischen Gegnern Schloffer Adam und Klemperer Eckhardt. Mit den Gewählten ziehen die ersten beiden Sozialdemokraten in das Dalldorfer Dorfparlament. In Tegel siegte ebenfalls der Sozialdemokrat, Maurer Heinke. Der Wahlkommissar setzte jedoch die Verbindung des Wahlergebnisses aus, weil angeblich nur ein Grundbesitzer — und dies ist Heinke nicht — zu wählen sei. In Johannisthal siegte in der 3. Abtheilung der Sozialdemokrat Gastwirth Mertins. Auch bei den Gemeindevahlen der dritten Klasse in der Umgebung von Halle siegte meist die sozialdemokratischen Kandidaten, so z. B. in Wörnitz, Pispendorf und Bedritz. In Prester, im Wahlkreis des Fürsten Herbert Bismarck gelegen, wurde mit dem Genossen Schweitzer ebenfalls der erste Sozialdemokrat ins Gemeindeparlament gewählt. In Alttraßdorf bei Büren wurde Genosse W. Schmidt gewählt, trotz der Anstrengungen der Gegner. — Die Stadtverordneten-Versammlung in Zeitz erklärte mit 19 Stimmen die letzten Stadtverordneten-Wahlen für ungültig. Es waren 2 Sozialdemokraten und zwei bürgerliche Vertreter gewählt worden. Die Wahlzeit bei der Hauptwahl soll angeblich zu kurz gewesen sein. Unsere Genossen wollen nunmehr alles daran setzen, um alle 4 Mandate zu erobern.

**Der außerordentliche Parteitag der Sozialdemokratie Schwedens**, der über die fernere Taktik der Partei hinsichtlich der Wahlrechtsfrage entscheiden soll, ist auf den 10. April einberufen worden. Er wird im großen Saal von Folkers Hus in Stockholm stattfinden und voraussichtlich 3 Tage dauern. — Unmittelbar vorher, am 7. April wird der Parteivorstand, der sich aus Repräsentanten des ganzen Landes zusammensetzt, zu seiner ordentlichen Jahresversammlung zusammentreten.

**Eine Schulküche von außergewöhnlicher Größe** und Leistungsfähigkeit ist von der Stadt Christiania in den neuen Schulgebäuden in der Laagegade eingerichtet worden. Dort wird für die Gemeindegelübten Mittagsessen zubereitet, das an bedürftige Kinder gratis abgegeben wird, während die übrigen Schüler gegen ein Entgelt von 10 Öre an der Beisehung theilnehmen können. Zur Zeit werden 7000—8000 Portionen an die Schulen täglich geliefert. Zur Anlage der Schulküche bewilligte die Gemeindevertretung im Jahre 1899 106 500 Kronen 118 812 Mark, ein Betrag, der nur wenig überschritten wurde. Die Speisen, die dort zubereitet werden, sind selbstverständlich sehr einfach, aber in ihrer Art von bester Qualität. Welche Mengen von Nahrungsmitteln hier aber täglich verarbeitet werden, das zeigt folgende Aufstellung: Zu „Labskaus“, einer Art Ragout, werden ca. 1300 Kilogramm Fleisch gebraucht, was ungefähr 7 Ochsen entspricht, und in 12 Kesseln gekocht wird, von denen jeder 800 Liter faßt. Von den 7 Ochsen erhält man 4700 Liter Labskaus. Daneben bereitet man 5600 Liter süßer Suppe oder auch Milchsuppe. Wird Milchreis gekocht, so braucht man dazu 3000 Liter frischgemolkener Milch, die zu einem gewissen Prozentsatz mit Wasser vermischt wird. Erbsensuppe werden 9000 Liter an einem Tage geliefert. Brod werden täglich 800 Kilogramm gebraucht, Kartoffeln wöchentlich 80 Tonnen.

## Erbschaft.

Roman von Elise Wely.

(28. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Lotte lacht gutmüthig. „Seine Mutter, die Färberswittve mit dem vielen Gelde, auf dem sie so fest sitzt — na, kriegen muß er's ja mal — die wollte nun abhauen, daß er heirathet. Eine Verwandte. „Die nicht!“ sagte Richard. „Ich sah ihm gerade für 'ne Bettlerin auf 'nem Dorfe. Na, so was hat keine raus, wie ich!“ „Die is, steifledern, 'ne Schöneberger Millionärstochter“, erzählte er, „sieht aus, als hinge der Grüntramkorb ihr noch überm Kopf — nämlich die Verwandte, Helene Meier. Da nehm ich doch noch viel lieber —“

„Am Ende mich!“ sage ich und denke mir weiter nichts dabei.

„Warum nicht, Lotte?“ fragt er und macht plötzlich ganz ernste Augen und spricht davon, daß ich künstlerischen Zunft hätte. Und ein Naturkind, das wäre noch das einzigste, unverfälschte Volksthum. Und dies ewige in den Ehrenliegen von Heirathen und Häuslichwerden, das könne er nicht mehr aushalten, das hindere ihn am Arbeiten und brächte ihn aus der Stimmung. Un findet denn endlich raus, daß ich wirklich was hätte, was für 'ne Künstlerfrau taugte. Modell sitzen kann ich ja, das is wahr. Un so is es denn gekommen. Und passen thun wir zusammen. Und die Mutter, die auf 'ner Reise nach dem Nordkap is, sein mit'm Hamburger Dampfer — Auguste Victoria heißt er — muß ja heute alles hin, nach dieser Gegend, die soll überrascht werden. Na, diese Auguste Bloom, was die Mutter is, wird 'ne Freude haben! Schadt nichts, jetzt hält sie Richard knapp, mal muß er's doch kriegen. Na und denn, Herr von Sill, können Sie uns so viel anpumpen, wie Sie wollen. Jetzt werden wir wohl mal was haben und mal nich! Schadt nich, gehört mit zum Künstlerstand. Bis an

die Ellbogen hineingreifen in den Geldsack, das is keine Kunst.“

„Bruno hat der Erzählung zugehört, streckt jetzt die Hand aus und sagt: „Noch 'ne Cigarette! Und Richard hat recht — ganz recht. Unverfälschte Natur, ja, wer daran noch Gefallen haben kann — ja, ja — ich auch nicht mehr.“

Nachdem das Streichholz brennt, ruft Lotte: „Ja, und was die Hauptsache is. Auf's Standesamt soll'n Sie mit, Zeuge. Wir bitten schon —“

„Kann nicht, thut mir leid. Ich — verreise!“

„Nu aber! Schieben Sie's doch auf.“

„Kann ich nicht — mag auch nicht!“

„So was!“ sie verzieht den Mund. „Auf Sie halt ich grade. Aber dann muß Richard wen anders noch finden.“ Sie steht auf und kreuzt die Arme über der Brust. „Thut mir wirklich leid —“

„Ja, Lotte — das Leben und der Spaß — und überhaupt die ganze Geschichte — Frau Bloom in spe, das Kästchen da —“

„Sehr schön!“ sagt sie und tritt an den Nebentisch und legt die Hände darauf. „Das woll'n Sie mir wohl schenken? Für Hochzeit, was? Wir können alles brauchen und nehmen auch alles! So sind wir nicht!“

„Na, Sie können mal Ansprüche darauf machen — ich hab's noch für die Reise nöthig.“

„Sind Sie aber schäbig!“

„Unglaublich, Lotte. Ganz heruntergekommen!“

„Ein gelungenere Mensch sind Sie“ — sie sieht ihn blinzelnd an — „aber Sie hätte selbst ich nicht genommen und wenn Sie mich zehnmal hätten heirathen wollen!“

„Hahaha! Lotte, das ist ein ehrliches Wort, und ich danke Ihnen dafür. Nicht mal Sie — sehn Sie wohl, wie ich heruntergekommen bin.“

Sie zuckt die Achseln und springt auf. „Na, wenn

es denn mit der Hochzeit nichts ist, denn auf ein ander-mal.“

„Oder halten wir uns an das Jetzt.“  
„Versteht ich nicht — Sie werden eigentlich auch immer dufeliger.“ Sie ist doch ein wenig ärgerlich. „So 'n Ueblicher, sehn Sie, das hätte sich gemacht. Na, denn nicht, is auch gut, und Andern wird der Sekt ja auch wohl schmecken.“

„Sekt, Lotte, und gute Zigarren, die erschweren den Abschied, das ist noch das einzige,“ sagt er und wirft den Rest der Zigarette weg.

Sie bietet ihm die Hand. „Adje auch!“ Dann fällt ihr noch etwas ein.

„Kirche auch, natürlich, weißes Kleid und Myrthenkranz, auch in Schöneberg. Denn ich bin vom Dorfe und ohne das, da glaubte ich es gar nicht recht. Er hat erst mich gemocht — modern is modern, und ich bins auch. Aber das muß sein — und hat richtig nachgegeben. In dem weißen Kleide will er denn gleich 'ne Freilichtskizze machen — Sektglas in der Hand und Schleier dahinter — es kann sich machen. Nu aber is Zeit — Adje auch!“ Ihre zwißchernde Stimme verstummt.

„Hab die Ehre, Lotte Becker — zukünftige —“

„Das haben Sie doch genug gesagt.“

„Habe ich auch. Lachen Sie noch mal, Lotte, daß ich alle Zähne sehe, diese gelunden, Ihr Mund erlaubt Ihnen das ja. So is's recht. Danke schön!“

Ein Händeschütteln, sie lacht noch ein paarmal, und er sieht ihr ohne aufzustehen nach.

„Hm! Ja!“

Ein Weilchen bleibt er in Gedanken versunken sitzen, dann tritt er an den Tisch, auf dem neben dem Pistolenkasten das Schreibzeug steht.

„Das wenigstens hat er um mich verdient. An ihn oder an Toni, Sie — sie, die eine Ahnung hat, soll's auch wissen. An sie adressieren — ja!“

Schon Morgens zwischen 4 und 5 Uhr beginnt man mit dem Kochen und um 9 Uhr mit dem Versand der Speisen an die verschiedenen Gemeindefchulen. Es wird aber auch Essen an Erwa ch s e n e geliefert und zwar zum Selbstkostenpreis von 15 Vere pro Portion. Dieser Verkauf beginnt um 11 Uhr, aber bereits um 9 Uhr stehen Leute dort und warten darauf. Der Betrieb der Küche zeigt auch, mit wie wenig Arbeitskräften und Kosten eine kolossale Menge Nahrung zubereitet werden kann. Wie man berechnet hat, kostet das Brennmaterial für 10 Portionen Essen nur 2 Vere. In der Küche werden 23 erwachsene Personen beschäftigt und diese kochen für 8000 bis 9000 Menschen Mittagessen, haben aber jeden Tag Nachmittags von 2 Uhr resp. 3—4 Uhr an frei.

Die schwere Verurtheilung des Genossen Haenisch in Dortmund, die wir bereits mittheilten, erfolgte wegen angeblicher Richterbeleidigung. Er soll in einem die Verurtheilungen Bredenbeds kritisirenden Artikel die Richter der ersten Strafkammer in Dortmund beleidigt haben. Für diesen Prozeß war die Strafkammer besonders besetzt worden. Die angeblich beleidigten Richter kamen also nicht in die Lage, in eigener Sache zu urtheilen. Die „Rhein. Westf. Arb.-Ztg.“ berichtet über den Verlauf des Prozesses: Genosse Haenisch, der sich selbst vertheidigte, bekannte sich zur Verfälschung des inkrimirierten Artikels, bestritt aber entschieden dessen beleidigenden Charakter. Es handelte sich in der Verhandlung um wesentlichen darum, ob Bredenbed in seinem Termin vom 26. September v. J. unschuldig verurtheilt worden sei oder nicht. Er war damals bekanntlich eines Artikels wegen angeklagt worden, für den er durch ein Versehen des Metteurs formell verantwortlich geworden war. Der eigentliche Schuldige und Verantwortliche war Haenisch. Dieser Thatbestand wurde in der Verhandlung durch zeugeneidliche Vernehmung der Genossen Redakteur Bredenbed und Scheibe, des Geschäftsführers Genossen Ade und des Metteurs Genossen Heil als wahr erhärtet. Trotzdem beantragte der Staatsanwalt ein Jahr Gefängniß und sofortige Verhaftung. Es sei den Richtern der Vorwurf der Rechtsbeugung gemacht worden. Nachher würde allgemein der Ruf nach besonders strenger Bestrafung von Beleidigungen erhoben. Der Angeklagte habe eine harte, er habe die „härteste“ Strafe verdient. Genosse Haenisch bestritt nochmals entschieden jede beleidigende Absicht; in dem Artikel sei wohl eine scharfe Kritik der betreffenden Gerichtsverhandlung, aber keine Beleidigung zu erblicken. Zum mindesten müsse das Gericht den „guten Glauben“ zugeföhren. Zudem sei er bei Abfassung des Artikels in starker und berechtigter Erregung gewesen; er habe damals gerade die Mittheilung von dem standalösen Festtransport Bredenbeds bekommen, außerdem sei Bredenbed verurtheilt worden in einem Falle, wo er, Haenisch, selbst sich als der allein Schuldige fühlte. Der Angeklagte nahm dann in vollem Umfang den Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) in Anspruch. Es habe sich um einen Prozeß gehandelt, bei dem seine, des Angeklagten, persönliche und journalistische Ehre in Mitleidenschaft gezogen sei, da aus Bredenbeds Verurtheilung der Schluß gezogen werden mußte, er, Haenisch, habe sich von der Verantwortung für eine von ihm begangene Handlung „brüden“ wollen. Den Antrag auf sofortige Verhaftung bittet er abzulehnen. Nichtverhaftet sei ganz ausgeschlossen. Er habe noch niemals den Versuch gemacht, sich einer Strafe durch die Flucht zu entziehen, es sei auch ein derartiger Fall in Dortmund noch nie vorgekommen. Außerdem würde er sich durch eine Flucht vor seinen Genossen und der Öffentlichkeit heillos kompromittiren und sich jede Stellung und Thätigkeit in der Partei für immer verlöcherzen. Nach etwa dreiwerteljährlicher Verhaftung fällte der Gerichtshof das schon mitgetheilte auf 8 Monate Gefängniß lautende Urtheil. Die Beleidigung sei schwer, ob der Schutz des § 193 dem Angeklagten zuzubilligen sei, möge „dahingestellt“ bleiben. Erregung sei kein Milderungsgrund. Ein Redakteur darf eben niemals erregt sein. Der Staatsanwalt hielt auch jetzt noch seinen Antrag auf sofortige Verhaftung aufrecht. Diesen Antrag lehnte aber der Gerichtshof nach nochmaliger kurzer Verathung ab.

## Uns Rath und Bern

**Kleine Chronik.** Der Schüler Schwideritz aus Abban-Arys (Oßpr.), der, wie j. Zt. gemeldet, am 19. Februar d. J. drei jüngere Geschwister im Alter von 7, 4 und 2 Jahren mit einer Art ersendet und dann großlich verstimmt hatte, ist nun der Justizanstalt Kortau zugeführt worden. — Bei einem Einbruch in die Kasse des

Offizierskasinos und der Kantine für die Mannschaften des dritten Garde-Regiments wurden, wie aus Berlin gemeldet wird, 1500 Mk. gestohlen. Als der Thatsächliche ist ein Bijouhändler in das Untersuchungsgefängniß abgeführt worden, obwohl er mit Entschiedenheit jede Schuld bestritt. — In der Umgegend von Nordhausen, in Dettingen, ermordete der Jagdaufscher Föhler einen Waldarbeiter und vergiftete seine Ehefrau. — Die Anwesenheit des Armenhülers in Neukirchen bei Schwandorf, den man bekanntlich auf seinem Krankenlager hat verhungern lassen, hat jetzt, wie die „Frank. Tagesp.“ von dort berichtet, zur Erhebung einer Anklage wegen fahrlässiger Tödtung vor dem Landgericht in Amberg geführt. Angeklagt sind der Pfarrer, der Bürgermeister (der ehemalige Zentrumsabg. Lautenschlager), ein Armenpflegschaftsrath, der Ortsführer und der Gemeinbediener. — Der Tagelöhner Peter Koss, der eine große Anzahl von ländlichen Gebäuden nur aus Freude an den Flammen in Brand gesteckt hatte, wurde in Düsseldorf zu 10 Jahren Zuchthaus verurtheilt. — Die Strafkammer in Bochum verurtheilte den früheren Polizeiergeanten Thiele von Essen wegen verführerischer Preisung zu 6 Monaten Gefängniß. Seine Helfershelferin Clara Auerkamp von Günnigfeld, auf die er eingewirkt, um von dem Steiger Steinamp zu Günnigfeld unter gemeinen Anschuldigungen 300 Mk. zu erpressen, erhielt 2 Monate Gefängniß. Thiele wurde sofort verhaftet. — Der wegen schweren Diebstahls verhaftete Schlosser Klöckner von Mühlheim a. R. riß sich an der Bahnstraße plötzlich aus seinen Fesseln los und lief in der Richtung nach der Ruhr hin. Er ertrank in dem Fluße, ehe Hilfe zur Stelle sein konnte. — Ein König, aber nur einer von eigenen Gnaden, ist dieser Tage in Paris gestorben, zum Leidwesen zahlreicher Getreuen, die ihm sehr strahlende und in die Augen stechende Orden zu verdanken haben. In den Ziviltandslisten der unehrerbietigen Republik war er nur als Achille Laviarbe verzeichnet, seine Visitenkarten dagegen kündigten ihn als: Achille L. Patrizier von Irland, Fürst von Uncas, Herzog von Katalonien, Grafen von Alfena und König von Braconien und Notar Tonnenz, der 1861 zum König der Patagonier ausgerufen worden war und sich als solcher Drelie-Antoine I. genannt hatte, zum Reichsverweiser und Nachfolger bestimmt worden, hüthete sich indes wohl, seine unbekannteren Unterthanen aufzusuchen, sondern lebte ruhig in Paris, aber an der Place du Trône. — In der Nähe von Monte Carlo wurde der Leichnam einer eleganten jungen Damen mit zwei Schußwunden in der Brust gefunden. In der Tasche hatte sie eine Visitenkarte mit dem Namen Hermine Volk und den Worten in deutscher Sprache: „Niemand anders ist an meinem traurigen Ende schuld als die Spielbölle.“

**Wohle dem, der gegen Soldatenschilder ausfällt!** Am 21. Dezember v. J. machte der Kanonier Gurjand von der 3. Kompanie des Artillerie-Regiments Nr. 11 in Thorn einen Selbstmordversuch. Er wurde dabei betroffen, als er sich auf dem Boden der Artillerie-Kajene in einem Fahrradgefäß mittels eines Handtuches und Gewehrriemens erhängen wollte. Als er über den Grund zu der That vernommen wurde, gab er an, daß er die Mißhandlungen, die er erdulden müsse, nicht länger ertragen könne. Die eingeleitete Untersuchung ergab nun folgendes: Etwa einen Monat nach Eintritt der Rekruten jagte der Unteroffizier Schubert von der 3. Kompanie zu Leuten seiner Korporalschaft, sie wüßten doch den Kanonieren Gurjand und Zittlau die „kameradschaftliche Liebe“ hüten lassen. Eine ähnliche Aeußerung that danach auch der Obergefreite Schnitzler von derselben Kompanie den Rekruten gegenüber, drückte sich aber noch deutlicher aus, indem er empfahl, die Kleppweithige zu gebrauchen. Darauf haben die Kanoniere Paul Meskow, Richard Drees, Friedrich Müsch und Franz Reddemann nach dem Schlafengehen, wenn das Licht bereits ausgelöscht war, die Betten verlassen und gemeinschaftlich die Kanoniere Gurjand und Zittlau, nachdem sie ihnen das Juedes fortgezogen, mit Kleppweithiger so bearbeitet, daß Striemen zurückblieben. Diese Mißhandlungen erfolgten an zwei verschiedenen Abenden und wurden nach einer kurzen Pause wiederholt. Als dann infolge des Selbstmordversuchs des Kanoniers Gurjand eine Untersuchung drohte, äußerten der Unteroffizier Schubert und der Obergefreite Schnitzler zu den Leuten, sie sollten nichts verrathen. Nachdem der Hauptmann die angetretenen Leute aufgefordert, es solle jeder vortreten, der etwas von den Mißhandlungen wisse, meldete sich zuerst niemand. Darauf thaten Schubert und Schnitzler die Aeußerung: „Wohle dem, der vortreten wäre!“ — Diese Vorgänge brachten die genannten vier Kanoniere

und den Unteroffizier Schubert und den Obergefreiten Schnitzler auf die Anklagebank des Kriegsgerichts. Der Obergefreite Schnitzler wurde wegen Anstiftung zur Mißhandlung unter Mißbrauch der Dienstgewalt und wegen Anstiftung zum Belügen eines Vorgesetzten zu zehn Tagen Gefängniß, der Unteroffizier Schubert wegen vorschriftswidriger Behandlung Untergebener, Anstiftung zum Belügen eines Vorgesetzten und Verleitung zur Anstiftung zum Belügen eines Vorgesetzten unter Mißbrauch der Dienstgewalt zu drei Wochen Gefängniß und die Kanoniere Meskow, Drees, Müsch und Reddemann wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung, ersterer zu zehn Tagen, die anderen drei zu je fünf Tagen Gefängniß verurtheilt. — Derartige Bestrafungen werden Seelenverwandte der betheuten Soldatenschilder kaum von ähnlichen Ausschreitungen abhalten!

**Aus unserem Soldatenschilderalbum.** Unter der Anklage der Mißhandlung Untergebener in 18 Fällen, vorschriftswidriger Behandlung in 7 Fällen, Beleidigung und Bedrohung in je 2 Fällen erschien der in Borna 1877 geborene Unteroffizier G. B. Wittig von der 7. Komp. 15. Inf.-Reg. Nr. 181 vor dem Kriegsgericht in Chemnitz. Es war kein Mann in der Korporalschaft des Angeklagten, der nicht von ihm Ohrfeigen bekommen hätte oder nicht mit der Faust vor die Brust geschlagen oder nicht gekniffen oder nicht am Kinnriemen geschüttelt worden wäre. Und doch hatte keiner der so Behandelten den Muth, W. zur Anzeige zu bringen. Wie so oft bei derartigen Gelegenheiten, mußte auch hier der Zufall einspringen. Ein Mann mußte sich krank melden. Tags zuvor hatte er von W. einen Fauststoß vor den Brustkorb erhalten und am selben Abend schon stellte sich Blutspucken bei ihm ein. Als er im Lazareth nach der Ursache befragt wurde, gab er an, daß ihn W. in der geschickten Weise behandelt habe. Daraufhin wurde die Untersuchung eingeleitet, die zur Anklageerhebung führte. Die Bedrohung hatte die Anklage darin erblickt, daß W. einmal gelegentlich einer Schwärmübung das Seitengewehr gezogen und gerufen hatte: „Ich dolche Euch über den Haufen“; ein andermal setzte er dem Soldaten M. das Seitengewehr auf die Brust und sagte zu ihm: „Merl, ich ermurke dich.“ Der Angeklagte war zum größten Theil geständig, er will aber nur im Interesse des Dienstes und der Ausbildung in der Aufregung so gehandelt haben. 14 Zeugen, Soldaten seiner Korporalschaft, wurden vernommen und der Thatbestand der Anklage bis auf eine Beleidigung und eine vorschriftswidrige Behandlung erwiesen. Das Urtheil lautete auf eine Gesamtstrafe von sechs Monaten Gefängniß. Von der Anklage der beiden Bedrohungen wurde W. freigesprochen, weil das Gericht zu seinen Gunsten angenommen hatte, daß er die Rekruten nur zum Dienst habe antreiben wollen. Bei der Strafbemessung fiel das dem W. von seinem Kompanie-Chef ausgesprochene gute Zeugniß und der Umstand strafmildernd in Betracht, daß W. nur in der Aufregung geschlagen habe, sonst aber kein gewohnheitsmäßiger Schilder gewesen sei. — Der Sergeant Schießen, Futtermeister im 44. Feld-Artillerie-Regiment, hatte sich vor dem Kriegsgericht der 16. Division in Trier wegen fortgesetzter schwerer Mißhandlungen von Untergebenen im Dienste zu verantworten. Die Untersuchung gegen den Sergeanten wurde erst eingeleitet, nachdem ein Kanonier zweimal fahnenflüchtig geworden war und bei seiner Vernehmung auslagte, daß er nur wegen der Mißhandlungen desertirt sei. Die Zeugenvernehmungen reichten bis zum Jahrgang 1899/1900 zurück. Nicht weniger als 69 Zeugen bekundeten, daß sie von dem Angeklagten mehr oder weniger schwer mißhandelt worden waren. Der Sergeant ließ die Mannschaften bei Einleitung des Strafverfahrens zusammentreten und bat sie, nichts zu seinen Ungunsten auszusagen. Das Urtheil lautete auf 1 Jahr Gefängniß und Degradation.

**Seiters.** Natürliche Schöpfungsgeschichte. Serenissimus beschäftigt beim Besuch der hygienischen Ausstellung in seiner Residenz die Kinderbrut-Apparate. Der ihn begleitende Direktor bemerkt nach einer Weile hochberedend herumschwärmende Worte und fragt voller Devotion, was Serenissimus vermischen. Serenissimus: „Ach, mein Lieber, sehe überall nur fertige Kinder aber nirgend's ah, ah... Eier!“ — Kanibalische Auslegung. Wie, Sie haben den Missionar aufgefressen, obwohl Sie ihn lieb hatten? Häuptling: Ja, Sie wissen doch, der Weg zum Herzen führt durch den Magen!

„Sieber Heinz, guter Kerl — ich mag die Komödie nicht mehr, der Vorhang kann herunter. Woju soll ich immer anfangen, Bilder zu malen und sie nie fertig machen. Das ist zu langweilig. Ueberhaupt ist mir alles langweilig, am meisten die Menschen. Auch die Weiber! Und ich ihuen. Letzte Weiber hat mir jedoch erklärt, daß sie mich ganz gewiß nicht beträthen würde. Kann es noch etwas Niederstlagenbederes geben?“

Eine Knäueligkeit will ich begehren und dir sagen, daß ich die Ehre an den Namen deines Vaters ausstelle; deine Unterwürigkeit ließ sich so leicht nachmachen, und ich war in Rath — Spielwachen und sonstige Dummheiten. Dir damals sagen — ah, ich möchte nicht. Und vorhin? Ich war drauf und dran, aber dann hätte ich dir in liebevoller Verzeihung vergeben und eine Moralpredigt gehalten und wärst, um deinen Freund nicht zu klammern, bei deinem Altes zu Hause geblieben. Jetzt laßst du auftrumpfen. Toni spitzte so etwas, die hat Augen; sie ist das einzige Fräulein aus der Welt, der dem ich Respekt gehabt habe. Ich möchte sie zu meiner Testamentsvollstreckerin, zur Ueberbringerin dieses Briefes an dich. Nicht, daß du denkst, die Schwärzung befehlige meine Abreise. Ich habe genug, ich mag nicht mehr. Du denkst wohl noch ab und zu an mich — so kenne ich dich. Wir ist gleichgültig gewesen, was die lieben Klätter von mir gehalten haben, noch mehr, was sie hinterher sagen.

Für deine ferneren Stationen wünsche ich dir Glück! Du bist ein Mensch, der die Lebensarbeit fertig bringt. Ich fürchte. Du.“

Er schreut seinen Namen langjamer als das übrige, nicht das Bild in ein Kontext, steht von Stoff auf und legt nach dem Kopf.

„Dem Altes mit es schwerer geworden sein — er

hing so sehr an dem Leben!“ marmelt er, jetzt zum Druck den Finger hehend, aber er läßt doch die Feder nicht springen.

„Ja ja gar nicht nötig — es giebt eine geräuschlosere Art.“ Ein Griff nach seiner Westentasche, er befördert ein kleines, ledernes Flacon daraus hervor. „Sie hatte damals keinen Muth! Wäre auch eine zu dumme Romantikerin gewesen — und seitdem habe ich immer bei mir getragen. 's ist doch eine Räuberei für die alte Frau — kein Knall — wie bei jenem!“

Er wirft sich auf das Ruhebett, schließt die Augen und jetzt das Häufchen an die Lippen. Frau von Sill kommt die Stiegen empot, sie hat sich auf jeder derselben auf dem dort stehenden Stuhle angelehnt — nun der letzte Absatz. Thora Bravo darben, entbehren zu wissen, ihn um seine Stimmung gebracht zu sehen, ein paar lammiger Cigaretten halber! Das war ihr erster Gedanke, als sie die Summe vorher einwarf. Sie kennt seine Lieblingsmarke genau — und hundert, sie selber einlassen. Darin liegt ja die ganze Freude. Er ist schon, gerade so jah damals ihr Mann aus, als er kam, um bei ihrem Vater um sie zu werben — ach, die Zeiten! Welch ein Wehagen, mit dem sie drüben an der Küste, in dem Tabakladen sagen konnte: „Die Marke, die mein Sohn, Herr von Sill, hier öfter kauft. Sie wissen wohl!“

Selbstverständlich, gnädige Frau!“ und eine respektvolle Verbeugung. Sie hat sich auf der Straße umgesehen; die Menschen scheinen sämmtlich so frohlich in die Welt zu gehen. Sie selber muß auch so aussehen — sie fühlt sich leichter, wohlter. Es ist etwas in der Luft, das ihr von den Menschen guten Zeiten spricht — ja, sie ahnt sie auch. Das Geschnalze — auch ein, aber das Bravo immer ihren Jern ausläßt — da, ein Feder, zeigt einen lustigen

Herold, der heiter in die Welt hinausbläst. Wenn doch nur ein einziges Mal noch alles um sie her klingen und singen kann!

Wenn sie den Ruhm ihres Sohnes, auf den sie alles setzt, in die Welt hinaus blasen! Ja, das kommt, muß, wird kommen. Es geht etwas, wie ein wörtliches Stoßgebete über ihre Lippen. Dann erhebt sie sich und besteigt die letzten Stufen. Wenn Bruno in guter Laune ist, thut sie, was sie bei ihrem Manne nie gewagt, sie fährt ihm durchs Haar. Und guter Laune wird er jetzt schon werden. Sie kann es begreifen, wie ihm, während er die blauen Wolken in die Luft bläst, lustige, bunte Künsterträume kommen! Sie kann das ihr Unverständliche begreifen, wenn Bruno es jagt. Leo ist ja auch ein lieber Mensch, ebenfalls an den Vater erinnernd, aber der Aelteste sieht ihr am nächsten. Toni — das ist eine Fremde, sie fühlt so gar nichts Verwandtes mit sich in ihr, sie sucht vergebens eine Charaktereigenschaft, die sich mit einer des Mannes deckte, den sie so sehr geliebt hat und der sie so grenzenlos unglücklich gemacht hat. Aber Bruno! Der wird ihr Halt, ihre Stütze im Alter werden — jetzt gährt, tobt und wirkt noch alles in ihm. Toni schmält — sie allein nur hat Verstandniß für ihn.

Leise die Thür auf- und zugemacht! Sie horcht. Das lustige Modell ist nicht mehr da. Sie öffnet — wenn er schläft, dann will sie leise das Schächtelchen neben ihn legen.

Einmal hat sie, es war gleich in der ersten Zeit ihrer Ehe, den Gatten, den sie schlafend glaubte, mit Rosen bestreut.

(Fortsetzung folgt.)